



Bank
für Sozialwirtschaft


Geschäftsbericht 2012



Bericht über das 90. Geschäftsjahr 2012

Berlin und Köln

Brücken bauen

A photograph of a stone bridge over water, with the title 'Brücken bauen' overlaid in the top left corner. The bridge is made of large, light-colored stone blocks and features a decorative metal railing with intricate patterns. The water is calm, reflecting the bridge and the sky. The lighting is bright, suggesting a sunny day.

Die Frage, wie wir den Geschäftsbericht für das abgelaufene Geschäftsjahr illustrieren, beschäftigt uns in jedem Jahr intensiv. Nicht nur, weil ein Bild mehr als tausend Worte sagt, sondern vor allem, weil die Illustrationen Auskunft geben über Intention und Haltung unseres Unternehmens.

Wenn wir in diesem Jahr **Brücken bauen**, tun wir das in doppeltem Sinne: Einerseits bauen wir Brücken zu Ihnen, unseren Kunden und Partnern. Andererseits bauen wir Brücken für Sie – zu unseren Geschäftsstellen und zu unseren zentralen Dienstleistungen. Eine Brücke zu bauen bedeutet meist, eine Strecke zu verkürzen oder einen Weg zu vereinfachen. Brücken schaffen Verbindungen.

Kurze Wege, eine einfache Handhabung und ein bequemer Zugang zu unseren Leistungen – das sind die Brücken, die wir Ihnen bauen; das sind die Wege, die wir Ihnen bereitet haben. Unser Ziel ist es, rasche Lösungen für Sie zu finden, tragfähige Konzepte zu entwickeln und mit Ihnen in Verbindung zu bleiben.

Inhaltsverzeichnis

4	Zur strategischen Ausrichtung
5	BFS auf einen Blick
6	Aufsichtsrat
7	Organe
8	Zentralbeirat
11	Bericht des Vorstandes
11	Wirtschaftliche Rahmenbedingungen
16	Entwicklungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft
22	Lagebericht 2012
31	Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
36	Entwicklung der verbundenen Unternehmen
41	Bericht des Aufsichtsrates
46	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2012
48	Gewinn- und Verlustrechnung 2012
50	Anhang 2012
63	Bestätigungsvermerk
64	Geschäftsstellen und Repräsentanzen

Zur strategischen Ausrichtung

Die Geschäftsentwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG blieb in ihrem 90. Geschäftsjahr 2012 weiter positiv. Die Euro-Staatsschuldenkrise machte sich für unser Unternehmen und unsere Kunden in erster Linie durch das sehr niedrige Zinsniveau bemerkbar. Unsere konservative Anlagepolitik hat ein Engagement in den Staaten und Banken Griechenlands, Italiens, Irlands, Portugals und Spaniens frühzeitig ausgeschlossen. Daher haben wir die politischen Entwicklungen auf europäischer Ebene zwar aufmerksam verfolgt, mussten aber keine negativen Konsequenzen für unser Haus befürchten. Zu unserer im Marktvergleich komfortablen Situation hat auch beigetragen, dass die Bank für Sozialwirtschaft AG unter Banken als bonitätsmäßig einwandfrei anerkannt ist und daher für eine ausreichende Liquidität jederzeit gesorgt war.

Vor diesem Hintergrund konnten wir uns auch im Geschäftsjahr 2012 auf unser Kerngeschäft konzentrieren: das traditionelle Bankgeschäft mit Unternehmen und Organisationen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft. Mit unserem nachhaltigen Geschäftsmodell verfolgen wir das Ziel, durch attraktive Angebote, partnerschaftliche Kundenbeziehungen und eine langfristige Kundenbindung das qualitative und quantitative Wachstum unseres Unternehmens fortzusetzen. Die Erfolgsaussichten dafür schätzen wir als sehr positiv ein.

Angesichts der Bedarfsentwicklung in der Bevölkerung gelten die Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft nach wie vor als Wachstumsmärkte. Allerdings stehen ihre finanziellen Rahmenbedingungen mit Blick auf die demographische Entwicklung sowie die Finanzlage der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungen weiterhin zur Diskussion. Für die Zukunft erwarten wir politisch wie gesellschaftlich gewollte Veränderungen in der Versorgungsstruktur der Sozial- und Gesundheitswirtschaft. Darauf müssen wir unsere Finanzierungsangebote ebenso ausrichten wie auf die zunehmenden Probleme der Einrichtungen und Unternehmen, genügend qualifiziertes Personal zu finden und zu binden.

Für den Erfolg der Bank für Sozialwirtschaft AG wird es künftig noch wichtiger werden als bisher, zukunftsfähige Geschäftsmodelle in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft zu erkennen und die damit arbeitenden Unternehmen als Kunden der Bank zu gewinnen. Daher bauen wir unsere Maßnahmen zur differenzierten Einschätzung der Zukunftsfähigkeit von Investitionsvorhaben, insbesondere im Bereich der Sozialimmobilien, kontinuierlich aus. Bereits in den letzten Jahren konnten wir eine wachsende Zahl unserer Kunden davon überzeugen, dass eine solide Risikobewertung ihren eigenen Interessen ebenso entgegenkommt wie unseren. Ein Blick auf die aufsichtsrechtlichen Vorgaben, die von den Banken unter anderem eine wesentlich differenziertere Risikomessung als in den vergangenen Jahren verlangen, zeigt uns, dass wir mit dieser Strategie für die Zukunft gut aufgestellt sind.

Zugleich sind wir gefordert, unsere organisatorischen Strukturen und Abläufe so zu gestalten, dass sie ausreichend Raum für das künftige Wachstum der Bank bieten. Daher haben wir Mitte des Jahres das Projekt „BFS 2015 – Menschen Prozesse Strukturen“ initiiert. Ziel ist es, interne Prozesse und Strukturen, insbesondere an den Schnittstellen zwischen Markt und Marktfolge, zu überprüfen und so zu optimieren, dass die Kundenbetreuung weiter gestärkt wird. Die Ergebnisse des Projektes sollen bis Frühjahr 2013 vorliegen und anschließend sukzessive umgesetzt werden.

Zugleich gilt es, die regulatorischen Anforderungen an die Banken, deren Umfang und Komplexität in Folge der Finanzmarktkrise erheblich zugenommen haben, für unser Haus umzusetzen.

In welchen Feldern wir außerdem im Geschäftsjahr 2012 aktiv waren und wo wir für 2013 Projekte gestartet haben, um unsere Position als Partner der Sozial- und Gesundheitswirtschaft auszubauen, berichten wir Ihnen auf den folgenden Seiten.

Der Vorstand

BFS auf einen Blick

	31.12.2012 Mio. EUR	31.12.2011 Mio. EUR	Veränderung in Mio. EUR	in %
Bilanzsumme	7.314,7	6.282,1	1.032,6	16,4 %
Eigengeschäft	7.139,7	6.107,0	1.032,7	16,9 %
gezeichnetes Kapital und offene Rücklagen	304,8	261,6	43,2	16,5 %
Forderungen an Kreditinstitute	13,3	14,1	-0,8	-5,7 %
Wertpapiere	2.507,1	2.134,6	372,5	17,5 %
Forderungen an Kunden	4.486,7	3.882,8	603,9	15,6 %
Treuhandkredite	175,0	175,1	-0,1	-0,1 %
Einlagen von Kreditinstituten	1.544,8	1.817,9	-273,1	-15,0 %
Einlagen von Kunden	4.979,7	3.762,7	1.217,0	32,3 %
– täglich fällig	3.643,9	2.296,8	1.347,1	58,7 %
– Festgelder	1.274,1	1.409,7	-135,6	-9,6 %
– davon Sparbriefe	41,1	39,8	1,3	3,3 %
– Spareinlagen	61,7	56,3	5,4	9,6 %
Zinsüberschuss	127,4	132,4	-5,0	-3,8 %
Provisionsergebnis	4,1	4,2	-0,1	-2,4 %
Betrieblicher Aufwand	-54,9	-53,5	-1,4	2,6 %
Betriebsergebnis	82,8	87,4	-4,6	-5,3 %
Jahresüberschuss	55,0	53,6	1,4	2,6 %

Aufsichtsrat

Wolfgang Altenbernd

Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt,
Bezirksverband Westliches Westfalen e. V., Dortmund
(Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates)

Christian Graf von Bassewitz

Bankier i. R., Hamburg

Dr. Robert Batkiewicz

Stiftungsdirektor, Caritas Stiftung Deutschland, Köln

Dr. Matthias Berger

Wirtschaftsprüfer und Steuerberater,
Vorsitzender der Finanzkommission des Deutschen
Caritasverbandes e. V., Waldshut-Tiengen

Hans-Jörg Millies

Finanz- und Personalvorstand (seit dem 28. Juni 2012),
Deutscher Caritasverband e. V., Freiburg im Breisgau
(Mitglied des Aufsichtsrates seit dem 19. Juni 2012)

Hans-Peter Niemeier

Mitglied des Vorstandes, AWO-Arbeiterwohlfahrt,
Bundesverband e. V., Berlin (Mitglied des Vorstandes
a. D. seit dem 1. Januar 2013)

Niko Roth

Finanz- und Personalvorstand, Deutscher Caritas-
verband e. V., Freiburg (bis zum 28. Juni 2012)
(Mitglied des Aufsichtsrates bis zum 19. Juni 2012)

Dr. Ulrich Schneider

Hauptgeschäftsführer, Der PARITÄTISCHE
Gesamtverband e. V., Berlin

Berthold Simons

Kaufmännischer Direktor i. R.
(DRK-Krankenhaus GmbH), Berlin

Oberkirchenrat Johannes Stockmeier

Präsident Diakonie Deutschland – Evangelischer
Bundesverband
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung
e. V., Berlin

Prof. Dr. Friedrich Vogelbusch

Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Warth & Klein
Grant Thornton AG, Wirtschaftsprüfung-
gesellschaft, Dresden
(Vorsitzender des Aufsichtsrates)

Michael Warman

Stellv. Vorsitzender, Zentralwohlfahrtsstelle der
Juden in Deutschland e. V., Frankfurt am Main

Prof. Dr. Manfred Willms

Bundesschatzmeister a. D. (Deutsches Rotes Kreuz
e. V., Generalsekretariat, Berlin), Kronshagen

Organe

Vorstand

Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt, Vorsitzender, Köln
Dietmar Krüger, Köln

Generalbevollmächtigte

Thomas Kahleis, Köln
Oliver Luckner, Köln
Prof. Dr. Harald Schmitz, Köln (seit dem 1. Juni 2012)

Prokuristen und Direktoren

Bernd Bauer, Direktor Informationstechnologie, Köln
Hartmut Biering, Direktor Kreditwesen, Köln
Norbert Küsgen, Direktor der Geschäftsstelle Köln
Wolfgang Roßmar, Direktor Unternehmenssteuerung, Köln
Wiegand Runge, Abteilungsdirektor Treasury, Köln

Geschäftsstellenleiter

Andreas Belzner, Direktor der Geschäftsstelle Karlsruhe
Thomas Dettweiler, Direktor der Geschäftsstelle München
Ulf Hartmann, Direktor der Geschäftsstelle Mainz
Joachim Helms, Direktor Geschäftsstellenbereich Norddeutschland
Norbert Küsgen, Direktor der Geschäftsstelle Köln
Enrico Meier, Direktor der Geschäftsstelle Magdeburg
Thomas Nitzschner, Leiter der Geschäftsstelle Dresden
Matthias Ninke, Direktor der Geschäftsstelle Berlin
Jan Peper, Leiter der Geschäftsstelle Hamburg
Eicke-Matthias Rost, Leiter der Geschäftsstelle Erfurt
Stephan Sperling, Direktor der Geschäftsstelle Leipzig
Alfred Vesper, Direktor der Geschäftsstelle Essen

Zentralbeirat

Dr. Stefan Arend

Vorstand, Kuratorium Wohnen im Alter gAG,
Hauptverwaltung, Unterhaching

Manfred Boos

Bereichsleiter Finanzen und Verwaltung,
UNICEF Deutschland, Köln

Dietmar Bühler

Vorstand, Benedict-Kreutz-Stiftung,
Freiburg im Breisgau

Andrea Büngeler

Stellv. Landesgeschäftsführerin, Geschäftsbereich
Finanzen Organisation, Der PARITÄTISCHE
Nordrhein-Westfalen e. V., Wuppertal

Armin von Butlar

Vorstand, Aktion Mensch e. V., Bonn

Klaus Dahlmeyer

Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt,
Bezirksverband Baden e. V., Karlsruhe

Thomas Doerr

Vorsitzender der Geschäftsführung,
Johanniter Seniorenhäuser GmbH, Berlin

Alfons Donat

Geschäftsführer, Dernbacher Gruppe Katharina Kasper,
Dernbach

Thomas Eisenreich

Vorstand, Evangelische Stiftung Alsterdorf, Hamburg

Alfred Felscher

Geschäftsführer, Paracelsus-Kliniken Deutschland,
Osnabrück

Franz-Heinrich Fischler

Direktor i. R. (Diözesancaritasverband für das
Erzbistum Berlin e. V., Berlin)

Dr. Gabriele Girke

Landesgeschäftsführerin, Der PARITÄTISCHE
Sachsen-Anhalt, Magdeburg

Dr.-Ing. Herbert Günther

Geschäftsführer, DRK Gemeinnützige Krankenhaus
GmbH Sachsen, DRK Krankenhaus Chemnitz-
Rabenstein, Chemnitz

Michael Hack

Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt,
Alten-, Jugend- und Sozialhilfe gGmbH, Erfurt

Prof. Dr. med. Udo Janßen

Geschäftsführender Vorstand, Deutsches
Krankenhausinstitut, Düsseldorf
(Mitglied seit dem 01. Januar 2013)

Friedhelm Kamps

Geschäftsführer, Deutsches Jugendherbergswerk,
Landesverband Rheinland e. V., Düsseldorf

Hartmut G. Knippscheer

Vorstand, Martinshof Rothenburg Diakoniewerk,
Rothenburg

Pastor Prof. Dr. Udo Krolzik

Vorstand, FAKD Führungsakademie für Kirche
und Diakonie, Berlin

Professor Dr. Dr. h. c. (mult.) Franz Peter Lang

Vorsitzender des Vorstandes, Wohnungsgenossen-
schaft Essen-Nord eG, Essen

Oswald Menninger

Geschäftsführer, Der PARITÄTISCHE, Landesverband
Berlin e. V., Berlin

Andreas Niedermeier

Sprecher der Geschäftsleitung, AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Oberbayern e. V., München

Dr. Peter Olijnyk

Geschäftsführer, Arbeiterwohlfahrt Müritz e. V., Waren

Thorsten Ostermann

Geschäftsführender Gesellschafter, OSTERMANN POTT & CIE., HEALTHCARE ADVISORS GMBH & CO. KG., Bonn

Christian Reuter

Bundesvorsitzender, ASB Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e. V., Bundesverband, Köln

Cornelia Rundt

Vorstand, Der PARITÄTISCHE Niedersachsen e. V., Hannover

Markus Schächter

Intendant i. R. (Zweites Deutsches Fernsehen, Mainz)

Klaus Schilling

Geschäftsführer, MEDIGREIF Unternehmensgruppe, Greifswald

Bernd Schmitz

Vorstand, Deutsches Rotes Kreuz e. V., Berlin

Elfi Scho-Antwerpes

Erste Bürgermeisterin der Stadt Köln, Kreisgruppenvorsitzende, Der PARITÄTISCHE, Kreisgruppe Köln e. V., Köln

Paul-Werner Schöndorf

Provinzbeirat, Barmherzige Schwestern vom heiligen Kreuz, Kloster Hegne, Freiburg im Breisgau

Werner Sigmund

Vorsitzender des Vorstandes a. D. (Internationaler Bund (IB), Frankfurt am Main), Präsident EVBB

Bernhard P. Späth

Vorsitzender des Vorstandes, St. Josefshaus Herten, Rheinfelden

Leonhard Stärk

Landesgeschäftsführer, Bayerisches Rotes Kreuz, München

Bernd Weber

Vorstand a. D. (Agaplesion gAG, Frankfurt am Main)



Bericht des Vorstandes

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft hat sich im Jahr 2012 mit abgeschwächter Dynamik fortgesetzt. Nach dem kräftigen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in den Jahren 2010 und 2011, infolge des Aufholprozesses nach der weltweiten Wirtschaftskrise, fiel das Wachstum des BIP mit 0,7 % im vergangenen Jahr deutlich geringer aus. Während die Wirtschaftsleistung zu Beginn des Jahres 2012 noch deutlich zulegen konnte, ließen die Antriebskräfte in der zweiten Jahreshälfte aufgrund eines erneuten Aufflammens der Krise im Euroraum sowie der merklichen Verlangsamung der weltweiten Konjunktur spürbar nach. Ungeachtet der abnehmenden Wachstumsdynamik im zweiten Halbjahr lag Deutschland nach wie vor in der Spitzengruppe unter den europäischen Staaten. In zahlreichen europäischen Ländern ist die Wirtschaftsleistung im vergangenen Jahr geschrumpft.

Außenhandel wichtigster Wachstumsmotor

Der grenzüberschreitende Handel war im Jahr 2012 einmal mehr wichtigster Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft und dies trotz eines schwierigen außenwirtschaftlichen Umfeldes. Die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen übertrafen den Wert des Jahres 2011 preisbereinigt um rund 4,1 %. Das Exportgeschäft wurde dabei durch einen merklichen Anstieg der Warenausfuhren in Länder außerhalb der Europäischen Union (EU) stimuliert. Hiermit konnte der Rückgang der Warenauslieferungen in Länder der EU mehr als kompensiert werden. Parallel stiegen die Importe lediglich um 2,3 %. Insgesamt steuerte der Außenbeitrag, also die Differenz zwischen Exporten und Importen, einen positiven Beitrag in Höhe von 1,1 % zum Wachstumsergebnis bei.

Investitionsbereitschaft nimmt ab

Bei der Binnennachfrage sind für das Jahr 2012 gegensätzliche Entwicklungen auszumachen. Einerseits stiegen die privaten und öffentlichen Konsumausgaben gegenüber dem Vorjahr um 0,8 %. Andererseits lagen die Bruttoinvestitionen, welche sich im Wesentlichen aus den Ausrüstungsinvestitionen, den Bauinvestitionen sowie den Vorratsveränderungen zusammensetzen, preisbereinigt mit 5,2 % unter dem Wert des Vorjahres. Ausschlaggebend hierfür war ein deutlicher Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen. Die Unsicherheit über die Zukunft des Euroraums hat die Wirtschaftsakteure vorsichtiger planen lassen. Infolgedessen haben die Unternehmen ihre Investitionen in Bauten, Maschinen, Geräte sowie Fahrzeuge trotz günstiger Finanzierungsbedingungen um 4,4 % zurückgefahren. Erheblich besser als die Ausrüstungsinvestitionen haben sich im vergangenen Jahr die Bauinvestitionen entwickelt; Staat und Unternehmen investierten gegenüber dem Vorjahr zusammen 1,5 % mehr in Wohnbauten. Insgesamt betrachtet, trug der inländische Konsum 0,6 Prozentpunkte zum Anstieg des BIP bei, während die Investitionen mit einem negativen Beitrag von 0,9 Prozentpunkten wachstumshemmend wirkten.

Beschäftigungsaufschwung kommt zum Stillstand

Nach zwei sehr dynamischen Jahren 2010 und 2011 zeigte sich der Arbeitsmarkt in einer guten Grundverfassung und reagierte robust auf die nachlassende Wachstumsdynamik. Spuren der Entwicklung wurden aber

im Laufe des Jahres sichtbar. So war der Anstieg der Erwerbstätigkeit und der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nicht mehr so stark wie vor einem Jahr. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote sank um 0,6 Prozentpunkte auf 7,1 %. Hierbei ist allerdings zu beachten, dass die Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf gestiegen ist, da der Rückgang arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen nicht mehr durch die konjunkturelle Entwicklung kompensiert werden konnte.

Die Erwerbstätigkeit hat im Jahresdurchschnitt um 422.000 oder 1,0 % auf 41,59 Mio. zugenommen und damit ihren höchsten Wert seit der Wiedervereinigung erreicht. Noch stärker war der Anstieg mit 539.000 oder 1,9 % auf 28,92 Mio. bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.¹ In der Differenzierung nach Bundesländern zeigen sich bis auf Sachsen-Anhalt überall Zunahmen; am stärksten erhöhte sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit 3,4 % in Berlin. Auch die Betrachtung nach Wirtschaftszweigen zeigt überwiegend Zuwächse. Das größte absolute Plus konnten die Branchen Wirtschaftliche Dienstleistungen (ohne Arbeitnehmerüberlassung), Verarbeitendes Gewerbe und Gesundheits- und Sozialwesen verzeichnen. Im Gesundheits- und Sozialwesen lag die Steigerung mit etwa 2,6 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum merklich über dem Durchschnitt der Gesamtwirtschaft.

Öffentlicher Gesamthaushalt weiter auf Konsolidierungskurs

Trotz europäischer Schuldenkrise hat der deutsche Staat im vergangenen Jahr erstmals seit fünf Jahren wieder einen Überschuss erzielt. Der Staatssektor – dazu gehören Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen – beendete nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes das Jahr 2012 mit einem Finanzierungsüberschuss in Höhe von rund 2,2 Mrd. EUR. Bedingt ist die positive Entwicklung vor allen Dingen durch die beachtlichen Überschüsse der Sozialversicherungen infolge des hohen Beschäftigungsstandes.

Dennoch kam es wegen der immer noch defizitären Haushalte von Bund und Ländern zu einem weiteren Anstieg der Verbindlichkeiten der öffentlichen Haushalte an den Kredit- und Kapitalmärkten. Die Gesamtverschuldung lag am 30. September 2012 bei rund 2.064,5 Mrd. EUR. Dies entspricht einem Anstieg von 1,6 % bzw. 32,9 Mrd. EUR gegenüber dem Ende des dritten Quartals 2011.² Gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt ergibt sich für das Jahr 2012 eine Überschussquote von 0,1 %. Damit wurde der im Maastricht-Vertrag festgelegte Referenzwert von 3 % zum zweiten Mal in Folge unterschritten. Zudem hat der Bund, bedingt durch eine geringere Neuverschuldung als erwartet, bereits vier Jahre früher als gefordert die Vorgaben der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse erfüllt.

Staatsschuldenkrise bleibt akut

Wie schon in den Jahren zuvor war die europäische Staatsschuldenkrise das bestimmende Thema im Euro-Raum. Nachdem es in den ersten Monaten des Jahres zunächst zu einer Beruhigung gekommen war, verschärfte sich die Lage im zweiten Quartal massiv. Eine führende Rolle spielten hierbei Italien und Spanien, die einen scharfen Anstieg der Risikoprämien auf ihre Staatsanleihen hinnehmen mussten. Der sich darin widerspiegelnde Vertrauensverlust gefährdete zunehmend die Refinanzierungs- und Zahlungsfähigkeit der beiden Länder. Verstärkend hinzu kamen die anhaltenden Unsicherheiten in Bezug auf die wirtschaftliche und politische Situation in Griechenland. Letztendlich wurde der Zusammenhalt des Euroraums zunehmend in Frage gestellt.

¹ Weil für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bei Fertigstellung dieses Berichts noch keine Jahresdurchschnitte vorlagen, wurden die Juni-Werte herangezogen, die in der Regel nahe beim Jahresdurchschnitt liegen. Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht Dezember und Jahr 2012.

² Aktuellere Daten zur Staatsverschuldung (gem. Finanzstatistik) lagen bei Fertigstellung dieses Berichts noch nicht vor. Quelle: Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung vom 16.01.2013.

Die politischen Kräfte und Institutionen reagierten auf die erneute Zuspitzung der Staatsschuldenkrise mit zusätzlichen Hilfsmaßnahmen und einer Weiterentwicklung der institutionellen Rahmenbedingungen. Hierzu wurde z. B. dem spanischen Staat zur Sanierung des Bankensektors eine Kreditlinie in Höhe von 100 Mrd. EUR seitens der Europäischen Union eingeräumt. Die zentrale Rolle bei der Krisenbekämpfung übernahm aber die Europäische Zentralbank (EZB), die mit einer Reihe teils unkonventioneller Maßnahmen auf die Verunsicherung an den Märkten reagierte. So senkte sie den Leitzins im Juli von 1,0 % auf 0,75 % auf ein neues Allzeittief. Für einen spürbaren Rückgang der Zweifel am Fortbestand des Euro-Währungsraums sorgte schließlich das im September vom EZB-Rat beschlossene Anleihekaufprogramm OMT (Outright Monetary Transactions). Dieses geldpolitische Sonderprogramm ermöglicht der EZB fortan im Fall starker Verzerrungen am Staatsanleihenmarkt unbegrenzt Staatsanleihen von Euro-Krisenländern aufzukaufen.

Ein Spiegelbild der Staatsschuldenkrise war im letzten Jahr die Entwicklung der europäischen Gemeinschaftswährung. Konnte der Euro zu Beginn des Jahres gegenüber dem US-Dollar noch zulegen, so verlor er bis zum Sommer deutlich an Substanz. Infolge der Maßnahmen der EZB streifte der Euro die Belastungen aus der ersten Jahreshälfte aber im weiteren Jahresverlauf weitestgehend ab. Am Jahresende lag der Euro-Dollar Kurs mit 1,32 US-Dollar knapp 3 US-Cent über dem Vorjahreswert.

Risiko für das deutsche Finanzsystem unverändert hoch

Die Risiken für die Stabilität des deutschen Finanzsystems haben sich im Vergleich zum Jahr 2011 nicht verringert. Hierbei stellt die europäische Staatsschuldenkrise nach wie vor die weitaus größte Bedrohung dar. Bedingt ist dies insbesondere durch die Vielzahl von Übertragungs- und Ansteckungskanälen im eng verflochtenen Wirtschafts- und Währungsraum. Als weitere bedeutende Gefahren für die Stabilität des Finanzsystems sind das niedrige Zinsniveau, die hohe Liquidität sowie mögliche Übertreibungen am deutschen Immobilienmarkt zu nennen.

Durch Anpassung an die veränderten Risiken im Umfeld der Staatsschuldenkrise kann das deutsche Bankensystem diesen jedoch mit einer verbesserten Risikotragfähigkeit begegnen. Im Jahr 2012 konnten die Banken ihre Verschuldungsquoten verringern, ihr Kernkapital erhöhen und ihre Abhängigkeit vom Interbankenmarkt durch eine zunehmende Refinanzierung über stabilere Quellen, wie z. B. Kundeneinlagen, verkleinern. Des Weiteren konnten die Forderungen gegenüber den von der Staatsschuldenkrise betroffenen Ländern deutlich reduziert werden. Gleichwohl ist nicht zu vernachlässigen, dass die Forderungen gegenüber den Schuldnern aus den großen Volkswirtschaften Spanien und Italien immer noch substanziell sind. Allein die Forderungen gegenüber den öffentlichen Haushalten der beiden Länder betragen zur Jahresmitte 2012 noch rund 59 Mrd. EUR.

Günstiges Finanzierungsumfeld für Unternehmen

Die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen – abhängig von ihrer Bonität – waren im Jahr 2012 sehr günstig. So lag der ifo Kredithürdenindikator im gesamten Jahr auf einem sehr niedrigen Niveau, d. h. der Anteil der Unternehmen, die über eine Einschränkung des Zugangs zu Bankkrediten berichten, war gering. Hinzu kommt, dass die Zinsen für Unternehmenskredite im Jahresverlauf weiter gesunken sind. Lagen die Zinsen für langfristige Neukredite an Unternehmen im Dezember 2011 im Durchschnitt noch bei rund 3,6 %, so waren es im Oktober 2012 nur noch rund 2,8 %.

Ungeachtet der guten Finanzierungssituation war die Kreditnachfrage vieler Unternehmen relativ zurückhaltend. Das Volumen der Kredite an Unternehmen und wirtschaftlich Selbständige lag im dritten Quartal 2012 mit insgesamt 880,6 Mrd. EUR nur rund 1,2 % über dem Vorjahreswert. Begründet ist dies zum einen durch

die Investitionszurückhaltung infolge der sich eintrübenden Konjunktur und zum anderen durch eine verbesserte Innenfinanzierungskraft der Unternehmen. Betrachtet man die Entwicklung des Bestandes an Unternehmenskrediten in den verschiedenen Bankengruppen, so lässt sich ein tendenzieller Rückgang bei den Groß- und Landesbanken feststellen. Demgegenüber ist bei Regionalbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken, wie beispielsweise der Bank für Sozialwirtschaft AG, ein Wachstum des Kreditbestandes zu beobachten.

Kapitalmärkte mit positiver Entwicklung

Im Jahr 2012 standen die Kapitalmärkte vor allen Dingen unter dem Eindruck der Euro-Schuldenkrise sowie globalen Rezessionsängsten. Nach einem starken ersten Quartal, in dem der deutsche Leitindex DAX sowie andere Aktienindizes den stärksten Jahresauftakt ihrer Geschichte erlebten, trübte sich die Stimmung an den Kapitalmärkten zum Sommer hin erneut ein. Zahlreiche Interventionen der Notenbanken und die sich abzeichnende Konjunkturaufhellung in den Industrieländern führten zu einer deutlich abnehmenden Risikoscheu der Anleger und Investoren im weiteren Jahresverlauf und folglich zu steigenden Kursen an den Aktienmärkten. Gegen Jahresende sorgten dann Befürchtungen vor einer so genannten Fiskalklippe (Kombination aus automatischen Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen) in den USA für eine kurzzeitige Zunahme der Nervosität an den Märkten. Die hieraus resultierenden Verluste konnten die Aktienindizes im Zuge einer Jahresend rally aber mehr als auffangen. Der DAX beendete das Jahr 2012 schließlich mit einem Stand von 7.612 Punkten, womit er mit einem Zuwachs von rund 29 % gegenüber dem Vorjahr den stärksten Anstieg seit 2003 verzeichnen konnte.

Auf den Rentenmärkten war infolge der herrschenden Unsicherheit während des gesamten Jahres 2012 vor allem der Wunsch nach Sicherheit stark ausgeprägt. Hiervon profitiert haben auch deutsche Bundesanleihen. Die Rendite von Bundesanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren fiel bis zum Höhepunkt der Euro-Staatschuldenkrise im Juli auf ein neues Allzeittief von 1,16 %. Im Zuge der schrittweisen Beruhigung der Rentenmärkte pendelte sich die Rendite bis zum Jahresende dann bei 1,31 % ein. Dies waren 52 Basispunkte weniger als zum Jahresultimo 2011.

Ausblick 2013

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland hat zum Jahresende 2012 an Schwung verloren. Im Jahresverlauf 2013 wird jedoch wieder mit einem etwas anziehenden Expansionstempo gerechnet, so dass die Krise im Euroraum nur vorübergehend dämpfend auf die wirtschaftliche Entwicklung wirken dürfte. Aktuelle Prognosen erwarten für das Jahr 2013 eine Steigerung der Wirtschaftsleistung zwischen 0,3 % und 1,0 %. Gestützt durch den hohen Beschäftigungsstand und Einkommenszuwächse dürfte die Binnennachfrage in diesem Jahr die wesentliche Wachstumsstütze sein. Zudem ist nach der Zurückhaltung im Jahr 2012 auch von den Bruttoinvestitionen wieder ein positiver Wachstumsbeitrag zu erwarten.

Für ein positives Wirtschaftswachstum sind weitere Fortschritte bei der Bewältigung der Krise im Euroraum aber unabdingbar. Hierzu müssen die beschlossenen Regulierungsreformen zügig umgesetzt sowie die begonnenen Strukturreformen und Haushaltskonsolidierungen in den einzelnen Ländern fortgesetzt werden. Sollte sich die Krise hingegen wieder verschärfen, ist mit schwerwiegenden Auswirkungen sowohl auf die konjunkturelle Entwicklung als auch auf die Stabilität des Finanzsystems zu rechnen.



Bericht des Vorstandes

Entwicklungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft

Die Sozial- und Gesundheitswirtschaft expandiert weiterhin kräftig. Allerdings steht das Gesamtgefüge der Sozial- und Gesundheitswirtschaft – bestehend aus Leistungserbringern und ihren Interessenvertretern, Kostenträgern und Politik – unverändert vor der Herausforderung, die finanziellen, personellen und versorgungsstrukturellen Voraussetzungen für die auch zukünftig steigende Nachfrage zu schaffen. Wirkungsvolle Neuregelungen in den Sozialversicherungen stehen weiterhin aus. Hinzu kommt der immer stärkere Einfluss von Engpässen beim Personal.

Veränderungen in den Angebotsstrukturen und Leistungsprozessen sind der Schlüssel, um auch in Zukunft eine nachfragegerechte und gesellschaftlich tragfähige Versorgung zu ermöglichen. Für Sozial- und Gesundheitsunternehmen sind diese Entwicklungen vielfach mit einer Neuausrichtung der Geschäftsmodelle verbunden.

Ausweitung des Leistungsvolumens

Wichtige Geschäftsfelder der Sozial- und Gesundheitswirtschaft verzeichnen eine unvermindert starke Ausweitung der Inanspruchnahme. Leistungen der Sozialen und Privaten Pflegeversicherung haben im Jahr 2011 rund 2,5 Millionen Personen bezogen. Gegenüber 2009 ist dies ein Zuwachs um 3,5 %.³ Die Fallzahlen der Krankenhäuser konnten zwischen 2009 und 2011 um etwa 3,0 % gesteigert werden.⁴ Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten in Werkstätten für Menschen mit Behinderung um ca. 5,2 %⁵, jene der in Kindergärten, -krippen und -horten betreuten Kinder um rund 2,4 %⁶ und der begonnenen Hilfen in Erziehungsheimen und sonstigen betreuten Wohnformen der Erziehungshilfe um etwa 4,0 %.⁷ Aufgrund demographischer und gesellschaftlicher Entwicklungen sowie technischer Fortschritte wird die Nachfrage nach vielen Angeboten der Sozial- und Gesundheitswirtschaft auch in den nächsten Jahren kräftig steigen.

Dagegen hat sich das Leistungsvolumen der Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen erneut rückläufig entwickelt. Hier reduzierte sich die Fallzahl zwischen 2009 und 2011 um rund 4,0 %.⁸ Auch sind weiterhin erhebliche regionale Unterschiede in der Expansionsdynamik in einzelnen Branchen festzustellen. Beispielsweise stieg die Anzahl der Empfänger von Leistungen der Sozialen Pflegeversicherung in der vollstationären Dauer- und Kurzzeitpflege zwischen 2009 und 2011 um 0,96 % in Bayern und um 6,45 % in Sachsen-Anhalt.⁹ Im Bundesdurchschnitt lag die Zuwachsrate bei 3,57 %.¹⁰ Die Zahl der Krankenhausfälle veränderte sich zwischen 2009 und 2011 um - 0,13 % in Sachsen-Anhalt und + 8,13 % in Hamburg (Bundesdurchschnitt + 2,95 %).¹¹

³ vgl. Bundesministerium für Gesundheit: Leistungsempfänger der Sozialen Pflegeversicherung am Jahresende nach Leistungsarten. Verband der Privaten Krankenversicherung: PKV-Zahlenbericht 2011/2012

⁴ vgl. Statistisches Bundesamt: Grunddaten der Krankenhäuser 2011

⁵ vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen: Anzahl der wesentlichen Behinderungsarten in den Mitgliedswerkstätten zum 01.01.2011

⁶ vgl. Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 01.03.2011

⁷ vgl. Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Erzieherische Hilfe, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige: Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform, 2011

⁸ vgl. Statistisches Bundesamt: Grunddaten der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 2011

⁹ vgl. Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung: Ergebnisse der Pflegestatistik 2011; Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt: Pflegebedürftigkeit in Sachsen-Anhalt um 9,1 Prozent gestiegen, Pressemeldung vom 18.12.2012

¹⁰ vgl. Statistisches Bundesamt: Pflegestatistik 2011

¹¹ vgl. Statistisches Bundesamt: Grunddaten der Krankenhäuser 2011

Reformbedarf und Konsolidierungsdruck bei den öffentlichen Finanzen

Im vorteilhaften konjunkturellen Umfeld des Jahres 2012 konnte der öffentliche Gesamthaushalt, insbesondere aufgrund hoher Überschüsse bei den Sozialversicherungen, mit einem positiven Finanzergebnis abschließen. Jedoch ist schon kurzfristig mit einem Abschmelzen der Überschüsse zu rechnen. Denn die Ausgaben für Gesundheitsleistungen, Pflege etc. werden schneller steigen als die Einnahmen der entsprechenden Sozialversicherungen.

In den ersten drei Quartalen des Jahres 2012 erzielten die Krankenkassen und der Gesundheitsfonds nach vorläufigen Angaben zusammen einen Finanzierungsüberschuss in Höhe von 4,0 Mrd. EUR.¹² Ende September 2012 waren Rücklagen von 14 Mrd. EUR bei den Krankenkassen und 9,5 Mrd. EUR beim Gesundheitsfonds zu verzeichnen.¹³

Aufgrund der positiven Entwicklung bei der Beschäftigung und bei den Arbeitseinkommen konnten die Beitragseinnahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) bis September 2012 um 3,3 Prozent gegenüber den ersten neun Monaten des vorangegangenen Jahres gesteigert werden.¹⁴ Niedriger fielen dagegen die zugewiesenen Bundesmittel aus (Festlegung für das Gesamtjahr: 14,0 Milliarden Euro, nach 15,3 Milliarden Euro in 2011).¹⁵

Mit größerer Dynamik als im Vorjahr haben sich die Ausgaben der Krankenkassen entwickelt. Sie lagen in den Monaten Januar bis September 2012 rund 3,3 % oberhalb des entsprechenden Wertes von 2011.¹⁶ Insbesondere sind die Aufwendungen für Krankenhausbehandlungen deutlich gestiegen (+ 1,5 Mrd. EUR bzw. + 3,3 %).¹⁷

Für 2013 ist mit einem erneuten Anstieg der GKV-Ausgaben zu rechnen, u. a. wegen einzelner Regelungen des GKV-Versorgungsstrukturgesetzes, des Psych-Entgeltgesetzes, der Einigung von Oktober 2012 über die vertragsärztlichen Honorare sowie aufgrund der absehbaren Mengensteigerungen im Krankenhausbereich. Die Ausgaben der Krankenkassen werden aber auch in 2013 voraussichtlich vollständig durch Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds gedeckt werden können. Deshalb ist für das gesamte GKV-System erneut ein Überschuss zu erwarten.¹⁸

Ohne weitere regulatorische Eingriffe in die GKV werden die Ausgaben der Krankenkassen mit großer Wahrscheinlichkeit auch künftig schneller steigen als die Beitragseinnahmen. Deshalb wird mittel- bis langfristig der Druck zu weitergehenden Reformschritten für die Stärkung der Einnahmenseite und zum Abschwächen der Ausgabendynamik erheblich zunehmen.

Bei der Sozialen Pflegeversicherung (SPV) ist für die ersten neun Monate des Jahres 2012 als vorläufiges Ergebnis ein Defizit in Höhe von etwa 200 Mio. EUR zu verzeichnen. Zwar legten die Einnahmen um 3,6 % gegenüber dem Vorjahr zu. Jedoch stiegen die Ausgaben mit 4,4 % noch stärker.¹⁹ Zurückzuführen ist der Ausgabenanstieg u. a. auf die Anhebung der Leistungssätze um im Schnitt 2,0 % Anfang 2012. Trotz der verschlechterten Finanzsituation bis Ende September könnte die SPV das Gesamtjahr 2012 noch mit einem kleinen Überschuss abschließen.²⁰

¹² vgl. Statistisches Bundesamt: Sozialversicherung: 5,9 Milliarden Euro Überschuss in den ersten drei Quartalen 2012, Pressemitteilung vom 11.01.2013

¹³ vgl. Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Dezember 2012

¹⁴ vgl. Statistisches Bundesamt: Sozialversicherung: 5,9 Milliarden Euro Überschuss in den ersten drei Quartalen 2012, Pressemitteilung vom 11.01.2013

¹⁵ vgl. Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Dezember 2012

¹⁶ vgl. Statistisches Bundesamt: Sozialversicherung: 5,9 Milliarden Euro Überschuss in den ersten drei Quartalen 2012, Pressemitteilung vom 11.01.2013

¹⁷ vgl. Bundesministerium für Gesundheit: Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung

¹⁸ vgl. Bericht des Schätzerkreises zur Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung für die Jahre 2012 und 2013

¹⁹ vgl. Statistisches Bundesamt: Sozialversicherung: 5,9 Milliarden Euro Überschuss in den ersten drei Quartalen 2012, Pressemitteilung vom 11.01.2013

²⁰ vgl. Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Dezember 2012

Ab 2013 werden die Rahmenbedingungen der SPV durch das am 29. Juni 2012 beschlossene und größtenteils zum 1. Januar 2013 in Kraft getretene Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung (Pflegeneuausrichtungsgesetz) verändert. Vorübergehend sollte sich die finanzielle Situation der SPV verbessern. Denn das Einnahmenplus infolge der Anhebung des Beitragssatzes von 1,95 % auf 2,05 % (zzgl. 0,25 % für Kinderlose) wird voraussichtlich die Mehrausgaben durch die beschlossenen Leistungsausweitungen zumindest im ersten Jahr übertreffen.²¹

Bereits in den nächsten fünf Jahren jedoch dürfte der erhöhte Beitragssatz die zusätzlichen Ausgaben der SPV wahrscheinlich nicht mehr decken können. Auch in der längerfristigen Betrachtung bietet das Pflegeneuausrichtungsgesetz keine Perspektive, um bei einer ungünstigen Entwicklung des Verhältnisses von Leistungsempfängern zu Beitragszahlern eine solide finanzielle Basis für die SPV zu schaffen.²² Die finanzielle Nachhaltigkeit der SPV ist jedoch weiterhin die Voraussetzung für gebotene Leistungsanpassungen – insbesondere die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes und eine sachgerechte Dynamisierung der Entgelte.

Auch Bund, Länder und Gemeinden tragen wesentlich zur Finanzierung der Leistungserbringung von Sozial- und Gesundheitsunternehmen bei. Vor dem Hintergrund des weiterhin bestehenden Konsolidierungsbedarfs der Gebietskörperschaften werden diese auch zukünftig Maßnahmen zum Dämpfen des Anstiegs der Sozialausgaben ergreifen.

Engpassfaktor Personal

Entsprechend zum Wachstum der Geschäftsfelder steigt das Beschäftigungsvolumen. Von Juni 2009 bis Juni 2012 erhöhte sich die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen²³ um rund 9,5 %. Damit lag der Zuwachs an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in diesem Wirtschaftszweig erneut deutlich über dem in der Gesamtwirtschaft (plus 5,6 % zwischen Juni 2009 und Juni 2012).²⁴

Allerdings wird immer mehr Einrichtungen und Diensten der Sozial- und Gesundheitswirtschaft das Ausschöpfen vorhandener Erlös- und Wachstumspotenziale erschwert durch das Fehlen von qualifiziertem Personal. In der Altenpflege kamen Ende 2012 im Bundesdurchschnitt auf 100 offene Stellen nur 35 arbeitslos gemeldete Altenpflegerinnen und Altenpfleger; im Bereich der Gesundheits- und Krankenpflegefachkräfte lag das entsprechende Verhältnis bei 100 zu 72. Weniger Arbeitslose als gemeldete Stellen gibt es bundesdurchschnittlich auch bei den Humanmedizinerinnen.²⁵ Im Bereich der Kindertagesbetreuung – also der Tageseinrichtungen und Tagespflege zusammen – fehlen in Westdeutschland ca. 14.000 Fachkräfte, wenn bis August 2013 eine durchschnittliche Betreuungsquote von 37 % der unter 3-Jährigen bei einem Anteil von 30 % in Tagespflege realisiert wird.²⁶ Für alle Geschäftsfelder sind erhebliche regionale Unterschiede in der Beschäftigungssituation festzustellen.

²¹ vgl. Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Dezember 2012

²² vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 2012/2013

²³ gem. Klassifikation der Wirtschaftszweige von 2008

²⁴ vgl. Bundesagentur für Arbeit: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen (WZ 2008), Deutschland, Stichtag 30. Juni 2012

²⁵ vgl. Bundesagentur für Arbeit: Fachkräfteengpässe in Deutschland – Analyse Dezember 2012, 2012, Nürnberg

²⁶ vgl. Deutsches Jugendinstitut, Technische Universität Dortmund, Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (Hrsg.): Personalbedarfsberechnung für den Bereich Kindertagesbetreuung für den Zeitraum von März 2011 bis August 2013, 2012, Dortmund

Aufgrund des demographischen Wandels wird die Zahl der Erwerbstätigen bis 2030 um bis zu 16 % zurückgehen.²⁷ Folglich steigt der Druck zum aktiven Gegensteuern gegen einen Personalnotstand in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft erheblich.

Die diskutierten Lösungsansätze sind vielfältig. Vollzeitbeschäftigung und Frauenerwerbsquote sollen gesteigert, die Mobilisierung von Berufsrückkehrern verstärkt, die Berufsverweildauer verlängert, die Aus- und Weiterbildung u. a. in ärztlichen und pflegerischen Berufsfeldern verbessert und die Gewinnung von Fachkräften aus dem Ausland weiter ausgebaut werden.²⁸

Zielsetzung dieser Maßnahmen ist das Gewinnen zusätzlicher Arbeitskräfte für die Sozial- und Gesundheitswirtschaft. Dies allein wird den absehbaren Personalengpass allerdings nicht beseitigen. Erforderlich ist auch, dass die Nachfrage nach Beschäftigten unterproportional zum Hilfebedarf ansteigt.²⁹

Ausblick

Die Sozial- und Gesundheitswirtschaft steht vor der Herausforderung, eine zunehmende Anzahl Menschen zu versorgen, bei gleichzeitig knapper werdenden finanziellen und personellen Ressourcen. Darüber hinaus verändert sich die Nachfrage u. a. aufgrund einer zunehmenden Vielfalt von Bedarfslagen und Kundenerwartungen. Diesen Anforderungen kann nur mit Weiterentwicklungen und Innovationen in den Angebotsstrukturen und Leistungsprozessen entsprochen werden.

Im „BFS-Marktreport Pflege 2012“ hat die Bank für Sozialwirtschaft den Einfluss der beschriebenen Faktoren auf den Bereich des Wohnens, der Unterstützung und der Pflege von Senioren untersucht. Die Analysen legen nahe, dass sich die Pflegebedürftigen immer mehr auf verschiedene Wohn- und Pflegeformen verteilen werden. Deshalb wird sich der Bedarf an zusätzlichen vollstationären Pflegeplätzen nicht im Gleichschritt mit der steigenden Zahl pflegebedürftiger Menschen erhöhen. Angesichts der teilweise bereits heute vorhandenen Überversorgung in der stationären Pflege sind Investitionen daher noch differenzierter als bisher anhand der tatsächlichen lokalen Gegebenheiten zu prüfen.

Leistungsausweitung, Umstrukturierungen und Innovationen erfordern Investitionen. So ist der Durchschnittswert des in den ersten drei Quartalen des Jahres 2012 an das Gesundheits- und Sozialwesen vergebenen Kreditvolumens um rund 3,2 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert gewachsen.³⁰ Für Sozial- und Gesundheitsunternehmen sowie Banken mit detaillierten Kenntnissen der einzelnen Teilmärkte bestehen auch weiterhin sehr gute Geschäftspotenziale.

²⁷ vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Demographischer Wandel in Deutschland, Heft 4, 2009

²⁸ Diese Zielsetzungen finden sich z. B. wieder in der Ende 2012 verabschiedeten „Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege“. Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend: Einigung über „Ausbildungs-

und Qualitätsoffensive Altenpflege“ zwischen Ländern und Bundesagentur für Arbeit, Pressemeldung vom 26.11.2012

²⁹ vgl. z. B. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Den demographischen Wandel gestalten, DIW Wochenbericht 51/52 2012

³⁰ vgl. Deutsche Bundesbank: Kredite an inländische Organisationen ohne Erwerbszweck, eigene Berechnungen





Bericht des Vorstandes

Lagebericht 2012

Die Bank für Sozialwirtschaft AG hat im Geschäftsjahr 2012 ihre erfolgreiche Geschäftsentwicklung fortgesetzt. Die Folgen der Finanzmarkt- und Euro-Staatenkrise wirkten auf das Wachstum des Instituts wie bereits im Vorjahr beschleunigend. Das Betriebsergebnis liegt mit 82,8 Mio. EUR etwas unter dem Wert des Vorjahres (87,4 Mio. EUR). Der Jahresüberschuss erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 2,8 % auf 55,0 Mio. EUR (31.12.2011: 53,6 Mio. EUR). Die Bilanzsumme stieg im Vergleich zum 31.12.2011 um 16,4 % auf 7,31 Mrd. EUR.

Aktivgeschäft

Die **Forderungen an Kreditinstitute** verringerten sich leicht um 0,8 Mio. EUR auf 13,3 Mio. EUR.

Die **Forderungen an Kunden** erhöhten sich um 15,6 % auf 4.486,7 Mio. EUR. Wie in den Vorjahren entfiel ein großer Teil der Steigerung auf das langfristige Segment, in dem zugleich die höchsten Volumina bestehen. Die Nachfrage blieb über das Gesamtjahr 2012 ungebrochen hoch. Die Forderungen an Kunden verteilen sich nach Restlaufzeiten bis 5 Jahre auf 1.714,1 Mio. EUR (im Vorjahr 1.432,4 Mio. EUR) und über 5 Jahre auf 2.772,6 Mio. EUR (im Vorjahr 2.450,4 Mio. EUR).

Das starke Kreditwachstum im Berichtsjahr ist auf den seit Jahren hohen Investitionsbedarf für den Neubau und den zeitgemäßen Ausbau von Sozialimmobilien und damit die Nachfrage nach langfristigen Darlehen zurückzuführen. Zusätzlich wurden die Kreditvergabebedingungen der Bank für Sozialwirtschaft AG im Marktvergleich besser angenommen, u. a. weil eine Reihe anderer Kreditinstitute die Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft infolge der Finanzmarktkrise weniger offensiv angesprochen hat als in früheren Jahren. Auch haben das langjährige Engagement der Bank in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft, ihre Expertise und ihre qualitativ hochwertigen Instrumente (z. B. Standort- und Wettbewerbsanalyse) dazu geführt, dass sie in diesem Markt noch mehr als in den Vorjahren als zuverlässiger Partner wahrgenommen wurde.

Der **Wertpapierbestand** am Bilanzstichtag war mit 2.507,1 Mio. EUR um 372,5 Mio. EUR höher als im Vorjahr. Ein großer Teil der durch Kundeneinlagen zugeflossenen Liquidität wurde in Schuldverschreibungen angelegt.

Die **Anteile an verbundenen Unternehmen** blieben mit 20,0 Mio. EUR unverändert gegenüber dem Vorjahr.

Die **Treuhandkredite** lagen mit einem Volumen von 175,0 Mio. EUR nahezu unverändert auf dem Vorjahresniveau (2011: 175,1 Mio. EUR). Der zur Verfügung stehende Kreditrahmen der von der Bank für Sozialwirtschaft AG treuhänderisch verwalteten zinslosen Darlehen des Bundes an freigemeinnützige Organisationen blieb im Berichtsjahr nach wie vor unverändert. Die Schwankungen sind stichtagsbedingt.

Der Buchwert für **Immaterielle Anlagewerte** reduzierte sich im Berichtsjahr um 8,8 % auf 14,3 Mio. EUR. Die Neuinvestitionen u. a. in die Erweiterung des Zahlungsverkehrsportals fielen im Berichtsjahr geringer aus als die Abschreibungen auf bestehende Systeme.

Der Buchwert für **Sachanlagen** ging um 1,5 % auf 23,7 Mio. EUR zurück. Im Berichtsjahr überstiegen die planmäßigen Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie auf Gebäude die Neuinvestitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung, die vor allem im Zuge der Modernisierung und Erweiterung des EDV-Netzes anfielen.

Die **Sonstigen Vermögensgegenstände** verringerten sich stichtagsbedingt um 11,5 % auf 9,8 Mio. EUR (im Vorjahr 11,0 Mio. EUR).

Passivgeschäft

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** wurden im Geschäftsjahr 2012 um 15,0 % auf 1.544,8 Mio. EUR reduziert. Die täglich fälligen Verbindlichkeiten verringerten sich um 266,9 Mio. EUR und die Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit um 6,2 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr. Fällige Refinanzierungen wurden nicht prolongiert.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** stiegen stark um 32,3 % auf 4.979,7 Mio. EUR an. Die Erhöhung entfiel auf die täglich fälligen Einlagen (+ 58,7 % auf 3.643,9 Mio. EUR). Dies ist vornehmlich auf besondere Akquisitionserfolge zurückzuführen. Die Festgelder sanken um 9,6 % auf 1.274,1 Mio. EUR. Der Rückgang ist Folge des stark gesunkenen Zinsniveaus.

Die **Rückstellungen** wurden um 6,9 % auf 20,1 Mio. EUR reduziert. Die Veränderungen ergaben sich vor allem durch einen Rückgang bei den Altersteilzeitverpflichtungen.

Die **Nachrangigen Verbindlichkeiten** wurden zur Stärkung des haftenden Eigenkapitals weiter um 6,3 % auf 153,5 Mio. EUR erhöht.

Das **Genussrechtskapital** verblieb mit 26,7 Mio. EUR auf dem Niveau des Vorjahres.

Der **Fonds für allgemeine Bankrisiken** wurde durch Umwidmung der Vorsorgereserven gem. § 340f HGB und Dotierung aus dem Jahresüberschuss um 35,7 Mio. EUR zur Stärkung des Kernkapitals der Bank aufgestockt.

Haftendes Eigenkapital

Das **gezeichnete Kapital** und die **Kapitalrücklage** blieben im Berichtsjahr konstant bei 36,4 Mio. EUR bzw. 43,3 Mio. EUR.

Die **Gewinnrücklage** ist um 43,1 Mio. EUR auf 225,1 Mio. EUR erhöht worden, indem dieser Betrag aus dem Bilanzgewinn 2011 in die Position „andere Gewinnrücklagen“ eingestellt wurde. Das bilanzielle Eigenkapital ohne Berücksichtigung des Bilanzgewinns 2012 beträgt damit 304,8 Mio. EUR.

Als haftendes Eigenkapital sind gemäß Kreditwesengesetz darüber hinaus das Genussrechtskapital i. H. v. 22,7 Mio. EUR, die nachrangigen Verbindlichkeiten i. H. v. 143,5 Mio. EUR sowie der Fonds für allgemeine Bankrisiken zu berücksichtigen, während die immateriellen Vermögensgegenstände abzusetzen sind.

Mit der sich daraus ergebenden Ausstattung konnten die Bank für Sozialwirtschaft AG und die Institutsguppe im Berichtsjahr jederzeit die Eigenkapitalanforderungen des Kreditwesengesetzes erfüllen.

Einlagensicherung

Die Bank für Sozialwirtschaft AG ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt. Damit ist die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zu 13.628 TEUR verbunden (bis zum Zehnfachen der mit dem Grunderhebungssatz (0,4 ‰) berechneten Garantiefondsbeiträge).

Finanz- und Liquiditätslage

Die Zahlungsbereitschaft der Bank für Sozialwirtschaft AG war zu jeder Zeit gegeben.

Sowohl die Mindestreservebestimmungen als auch die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erlassenen Vorschriften der Liquiditätsverordnung wurden zu jeder Zeit eingehalten. Die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennziffer betrug zum Bilanzstichtag 2,04 (Mindestwert 1,00).

Ertragslage

Der **Zinsüberschuss** inklusive der laufenden Erträge beträgt 127.369 TEUR. Neben einem Einmaleffekt durch die Auflösung eines Wertpapierfonds in 2011 ist die Reduzierung des Zinsüberschusses in 2012 (im Vergleich zum Vorjahr -3,8 %) im Wesentlichen der Situation an den Kapitalmärkten geschuldet. Der hieraus resultierende Rückgang des Zinsertrages konnte nur zum Teil durch den Anstieg des Geschäftsvolumens kompensiert werden.

Die **Erträge aus Gewinngemeinschaften und Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen** stiegen um 29,5 % auf 4.581 TEUR. Das ist vorrangig auf die positive Geschäftsentwicklung der Tochtergesellschaft bzw. der verbundenen Unternehmen zurückzuführen.

Das **Provisionsergebnis** verringerte sich um 1,9 % auf 4.071 TEUR, insbesondere durch höhere Aufwendungen im Kreditgeschäft.

Die **Allgemeinen Verwaltungsaufwendungen** stiegen nur leicht um 0,8 % auf 48.742 TEUR. Dabei erhöhte sich der Personalaufwand vorrangig durch Neueinstellungen und Tarifsteigerungen um 0,5 % auf 28.856 TEUR. Die anderen Verwaltungsaufwendungen stiegen um 1,1 % auf 19.886 TEUR. Die Kostensteigerung entfiel im Wesentlichen auf gestiegene Pflichtbeiträge an den Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) und notwendige Aufwendungen zur Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

Durch diese Entwicklungen sank das **Betriebsergebnis** im Vergleich zum Vorjahr um 5,3 % auf 82.768 TEUR.

Das positive **Bewertungsergebnis** belief sich insgesamt auf 33.962 TEUR. Im Kreditgeschäft wurde erneut mit einer konservativen Risikovorsorge und einer vorsichtigen Kreditvergabepolitik gearbeitet. Im Zuge der Veränderungen der finanziellen Rahmenbedingungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft durch den Rückzug der öffentlichen Hand aus der Finanzierung sozialer Leistungen und durch den zu erwartenden Umbau der Sozialen Sicherungssysteme muss bezogen auf das Gesamtportfolio mit relativ höheren Kreditausfallwahrscheinlichkeiten gerechnet werden als in früheren Jahren. Im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen ist das Kreditausfallrisiko in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft durch die hohe öffentliche Regulierung und die geringe Konjunkturabhängigkeit des Nachfrageverhaltens in diesen Branchen jedoch nach wie vor gering. Darüber hinaus führte die Umwidmung der Vorsorgereserven gem. § 340f HGB zu einem positiven Beitrag. Im Wertpapiergeschäft wurde aufgrund der Kursentwicklungen ebenfalls ein positives Ergebnis erzielt.

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde um 35.700 TEUR aufgestockt. Der größte Teil dazu stammt aus der Umwidmung der Vorsorgereserven gem. § 340f HGB.

Die gewinnabhängigen Steuern beliefen sich auf 25.998 TEUR (Vorjahr 23.067 TEUR).

Der Jahresüberschuss erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 1.477 TEUR und liegt für das Geschäftsjahr 2012 bei 55.033 TEUR.

Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns

Der Vorstand schlägt vor, gemäß § 9 der Satzung 44.500 TEUR in die Position „andere Gewinnrücklagen“ einzustellen und eine Dividende in Höhe von 10.500 TEUR an die Aktionäre auszuschütten. Vor dem Hintergrund des guten Geschäftsergebnisses 2012 soll wie im Vorjahr eine Dividende in Höhe von 12,00 EUR pro Stammaktie sowie zusätzlich ein Bonus in Höhe von 3,00 EUR pro Stammaktie gezahlt werden.

Zudem soll ein neuer Gewinnvortrag in Höhe von 37 TEUR angesetzt werden.

Risiken der künftigen Entwicklung

Neben allgemeinen Risikofaktoren, die mit allen unternehmerischen Tätigkeiten verbunden sind, bestehen für das Bankgeschäft spezifische Bankgeschäftsrisiken. Sie zeigen sich für die Bank für Sozialwirtschaft AG in Form von Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken und operationellen Risiken. Das Länderrisiko spielt für die Bank für Sozialwirtschaft AG eine geringfügige Rolle.

Sowohl quantitativ (Solvabilitätskoeffizient) als auch qualitativ (Mindestanforderungen an das Risikomanagement) hält die Bank für Sozialwirtschaft AG die bankaufsichtsrechtlichen Regelungen zur Risikobegrenzung ein. Dies gilt auch hinsichtlich der Vorkehrungen zur Sicherung der jederzeitigen Zahlungsbereitschaft.

Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeitsberechnungen sind Verlustobergrenzen für unterschiedliche Risikoarten definiert, an denen die Bank unter anderem ihre geschäftspolitischen Maßnahmen ausrichtet. Dabei nutzt sie EDV-gestützte Systeme, um die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, zu begrenzen und zu überwachen.

Die Ermittlung struktureller Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft basiert auf Einstufungen aller Kreditnehmer nach bankinternen Beurteilungskriterien im Rahmen eines Ratingsystems, das auf die Anforderungen an ein internes Rating nach Basel II ausgerichtet ist. Für die Bewertung der Adressenausfallrisiken im Wertpapiergeschäft arbeitet die Bank mit dem Ratingsystem der WGZ-Bank. Die Einstufungen der Kreditnehmer in Bonitätsklassen werden regelmäßig überprüft. Das aggregierte Ergebnis wird nach Volumina und Blankoanteilen ausgewertet.

Das Kreditportfolio der Bank für Sozialwirtschaft AG weist insgesamt eine granulare Struktur auf. Ein signifikanter Anteil des ausgereichten Kreditvolumens wird in Einrichtungen der Altenpflege gehalten. Dieser Risikokonzentration begegnet die Bank für Sozialwirtschaft AG mit ihrer langjährigen Branchen- und Marktkenntnis und mit dem Einsatz sektor- und einrichtungsspezifischer Instrumente zur Risikoabwehr und -prävention (z. B. Standort- und Wettbewerbsanalyse, Betriebsvergleiche, Frühindikatorensystem) sowie klar geregelten Kompetenzen im Rahmen der Kreditgewährung und der Problemerkreditbearbeitung.

Kredite mit akuten Ausfallrisiken sind hinreichend wertberichtigt. Der Umfang der Kredite mit erhöhten latenten Risiken ist überschaubar; für hierin enthaltene Wagnisse wurde eine ausreichende Vorsorge getroffen.

Die Veränderungen der finanziellen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft, insbesondere die nachlassende öffentliche Förderung und der verstärkte Anbieterwettbewerb, bringen es mit sich, dass für eine fundierte Finanzierungsberatung – insbesondere im Hinblick auf die langfristige Kreditsicherheit – Fachkenntnisse zu den einzelnen Teilbranchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft erforderlich sind. Daher werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank kontinuierlich zu grundlegenden Fragestellungen und aktuellen Veränderungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft geschult und über regelmäßige interne Veröffentlichungen informiert.

Die Marktpreisrisiken beziehen sich angesichts der Geschäftsstruktur der Bank vor allem auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen sowie auf Kursrisiken im Wertpapiergeschäft. Ein Handelsbuch wird gemäß § 2 Abs. 11 KWG nicht unterhalten.

Die Eigenbestände an Wertpapieren sind den allgemeinen Zins- und Kursrisiken ausgesetzt. Zur Überwachung dieser Risiken verfügt die Bank für Sozialwirtschaft AG über ein Controlling- und Risikomanagementsystem, das den von der Bankenaufsicht vorgegebenen Anforderungen entspricht.

Es ist sichergestellt, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregelungen getätigt werden. Art, Umfang und Risikopotenzial der Geschäfte sind durch ein bankinternes Limitsystem begrenzt. Die Limite wurden an der bankindividuellen Risikotragfähigkeit orientiert. Zur Absicherung gegen ungünstige Zinsänderungen werden Zinsderivate eingesetzt.

Zur Quantifizierung der Risiken werden die Wertpapierbestände unter Zugrundelegung tagesaktueller Zinssätze und Kurse täglich bewertet. Darüber hinaus werden regelmäßig die potenziellen Verlustrisiken aus möglichen künftigen Zins- und Kursänderungen analysiert.

Die Marktpreisrisiken liegen derzeit im Rahmen der geschäftspolitischen Zielsetzung und der bankindividuellen Risikotragfähigkeit.

Neben den Adressenausfall- und Marktpreisrisiken muss sich die Bank für Sozialwirtschaft AG auch auf operationelle Risiken (z. B. Betriebsrisiken im EDV-Bereich, fehlerhafte Bearbeitungsvorgänge, Rechtsrisiken, Betrugs- und Diebstahlrisiken, allgemeine Geschäftsrisiken) einstellen. Das innerbetriebliche Überwachungssystem der Bank trägt dazu bei, die operationellen Risiken zu identifizieren und so weit wie möglich zu begrenzen. Versicherbare Gefahrenpotenziale sind durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgesichert.

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen wird durch den Bereich Unternehmenssteuerung überwacht und durch die Abteilung Treasury operativ gesteuert. Es erfolgt eine regelmäßige Planung des Liquiditätsgrundsatzes mit festgelegten internen Untergrenzen. Die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit der Bank erfolgt auf Basis einer integrierten Liquiditäts- und Finanzplanung. Hierbei werden sowohl vertraglich determinierte als auch geplante bzw. erwartbare Zahlungsströme berücksichtigt. Eine spezielle Konzentration des Liquiditätsrisikos auf eine Teilkategorie (Marktliquidität, Refinanzierung, Abrufisiko) ist bei der Bank für Sozialwirtschaft AG nicht feststellbar und auch für die Zukunft nicht prognostiziert.

Die dargestellten Risiken werden nach der derzeitigen Einschätzung die künftige Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG nicht wesentlich beeinträchtigen.

Ausblick

Ihre Geschäftsperspektiven schätzt die Bank für Sozialwirtschaft AG weiterhin als sehr positiv ein. Das Kerngeschäftsfeld Sozial- und Gesundheitswirtschaft gilt aufgrund der demographischen Entwicklung und des damit verbundenen steigenden Bedarfs z. B. an Dienstleistungen im Pflege- und Gesundheitssektor als Wachstumsmarkt. Die Finanzmarkt- und Euro-Staatenkrise hat die Entwicklung der Sozial- und Gesundheitswirtschaft kaum beeinträchtigt. Dabei spielte der hohe Anteil an Finanzierung durch Transfer- und Versicherungsleistungen ebenso eine Rolle wie die relativ konjunkturunabhängige Nachfrage. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass die finanziellen Rahmenbedingungen für die Akteure der Sozial- und Gesundheitswirtschaft in den nächsten Jahren schwieriger werden. Hierbei spielen die zu erwartenden weiteren Reformen der Sozialen Sicherungssysteme ebenso eine Rolle wie die Verschuldung der öffentlichen Haushalte.

Die Bank für Sozialwirtschaft AG geht davon aus, dass sich die Reduzierung der Zuwendungen der öffentlichen Hand zur Finanzierung von Leistungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft fortsetzen wird. Als Konsequenz daraus wächst unter anderem der Bedarf an Leistungen des Bank- und Kapitalmarkts, insbesondere an Krediten. Zudem steigen die Anforderungen an eine Beratungskompetenz, die nicht nur bankfachliche Aspekte, sondern auch die speziellen Rahmenbedingungen der Finanzierung sozial- und gesundheitswirtschaftlicher Unternehmen einbezieht.

Daher werden die bereits etablierten Analyse-Instrumentarien der Bank für Sozialwirtschaft AG zur differenzierten Einschätzung der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit der zu finanzierenden Unternehmen immer weiter verfeinert und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank über die die Veränderungen der gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen in den Einzelbranchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft kontinuierlich in Kenntnis gesetzt. Ziel ist es, nicht nur eine risikoadäquate Bepreisung der Kredite vorzunehmen, sondern auch durch eine regelmäßige Kommunikation über wesentliche wirtschaftliche Kennziffern des Kunden eine langfristig erfolgreiche Geschäftsbeziehung zu begründen. Strategisches Ziel der Bank für Sozialwirtschaft ist ein qualitatives und quantitatives Wachstum.

Im Hinblick auf die regulatorischen Anforderungen durch Basel III/CRD IV werden für die Bank für Sozialwirtschaft AG auf der Basis der Bilanzplanung Hochrechnungen durchgeführt. Diese ergeben, dass die Eigenkapitalausstattung der Bank in den nächsten Jahren auch unter Berücksichtigung der verschärften Regelungen ausreichend sein wird. Die Bank ist bestrebt, ihre Kreditvergabebedingungen trotz der zu erwartenden höheren Eigenkapital- und Risikokosten möglichst nicht zu verschärfen.

In Zukunft ist mit einer weiterhin hohen Kreditnachfrage zu rechnen. Auch wird die Sozial- und Gesundheitswirtschaft voraussichtlich verstärkt Instrumente der Unternehmensfinanzierung nutzen, u. a. um das veränderte Finanzierungsverhalten der öffentlichen Hand und der Kostenträger zu kompensieren. Im Berichtsjahr hat die Bank für Sozialwirtschaft AG ihre Strategie, hier frühzeitig adäquate Angebote zu machen, weiter verfolgt. Erweitert wurde insbesondere das über das 100%ige Tochterunternehmen BFS Service GmbH realisierte Factoring-Angebot. Seit Oktober 2012 wird Krankenhäusern und Reha-Kliniken ein selektives Factoring für einen definierten Kreis von Krankenkassen ermöglicht. Sonstige Leistungserbringer im Gesundheitswesen (z. B. Sanitätshäuser, Orthopädie- und Medizintechnik, Krankenhausapotheken) können mit dem „factomat®“ seit April 2012 ein automatisiertes, internetgestütztes Factoring nutzen.

Im Anlagegeschäft steht weiterhin eine risikoavers orientierte Beratung im Mittelpunkt. Bedingt durch die gemeinnützigkeitsrechtlichen Rahmenbedingungen, die für den überwiegenden Teil der Kunden gelten, werden konservative Anlagestrategien auch in Zukunft interessant bleiben. Wachstumspotenzial sieht die Bank insbesondere im Bereich der Vermögensverwaltung.

Im Zahlungsverkehr setzt die Bank für Sozialwirtschaft AG auch künftig auf innovative Produktentwicklungen, eine schnelle technische Abwicklung sowie kostengünstige Angebote. Hinzu kommt die kontinuierliche Weiterentwicklung der Dienstleistungen speziell für Spendenorganisationen und die Umsetzung der Anforderungen zur Realisierung des europäischen Zahlungsverkehrsraums SEPA.

Die konsequente strategische Ausrichtung der Bank für Sozialwirtschaft AG bringt es mit sich, dass eine Reihe von internen Maßnahmen kontinuierlich weiterentwickelt, die Ausrichtung aber nicht grundsätzlich verändert wird. Hierzu gehört z. B. die Optimierung der Geschäftsprozesse durch organisatorische Maßnahmen und innovativen Technologieeinsatz. So wurde im Berichtsjahr ein bankweites Projekt „BFS 2015 – Menschen Prozesse Strukturen“ mit der Zielsetzung aufgesetzt, interne Prozesse und Strukturen insbesondere an den Schnittstellen zwischen Markt und Marktfolge zu überprüfen und so zu optimieren, dass die Kundenbetreuung weiter gestärkt wird.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen wird für die Ertrags-, Finanz- und Liquiditätslage der Bank in den nächsten beiden Geschäftsjahren eine positive Entwicklung auf stabilem Niveau erwartet. Der Zinsüberschuss wird wesentlich durch die voraussichtlich positive Entwicklung im Kundengeschäft und der Situation an den Kapitalmärkten bestimmt. Für den Verwaltungsaufwand wird in diesem Zeitraum mit einer moderaten Steigerung gerechnet.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, gab es nicht.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Perspektiven und Maßnahmen sowie interner Hochrechnungen geht die Bank für Sozialwirtschaft AG für das laufende und das darauf folgende Geschäftsjahr von einer weiterhin sehr erfolgreichen Entwicklung aus.

Berlin und Köln, den 8. März 2013

Bank für Sozialwirtschaft AG
Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt

Dietmar Krüger





Bericht des Vorstandes

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Anstieg der Mitarbeiterzahl ungebremst

Die weitere Ausweitung des Geschäftsvolumens und die damit verbundenen Aufgaben spiegeln sich in der gestiegenen Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wider. Zum Jahresende waren 365 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Bank für Sozialwirtschaft AG beschäftigt, was einem Anstieg von 14 gegenüber dem Vorjahr entspricht. Auch im laufenden Geschäftsjahr werden wir das geschäftliche Wachstum mit weiteren Neueinstellungen untermauern.

Diese Steigerung sowie die gleichbleibend geringe Mitarbeiterfluktuation zeigen, dass wir als attraktiver, zukunftsorientierter Arbeitgeber wahrgenommen werden. Durch die Gestaltung wettbewerbsfähiger Konditionen und das ansprechende und motivierende Arbeitsumfeld gelingt es uns, auch bei zunehmendem Arbeitgeber-Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte das Interesse neuer Mitarbeiter für unser Haus zu wecken.

Der Verdrängungswettbewerb um die besten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird zunehmend stärker. Die Kunst, sich bei den relevanten Zielgruppen als Arbeitgeber mit Zukunft zu profilieren, gewinnt deshalb immer mehr an Bedeutung. Über gezieltes Personalmarketing wollen wir unsere Reputation weiter erhöhen und uns als Arbeitgeber differenzieren.

Die Zufriedenheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Konstanz unserer Personalarbeit, spiegeln sich in der traditionell hohen Betriebstreue wider. Daran hat sich auch im Berichtsjahr nichts geändert. So konnten im Geschäftsjahr 2012 zahlreiche 10- und 25-jährige Betriebsjubiläen begangen werden.

Diese personelle Stabilität ist einerseits wichtig für die Kontinuität der Entwicklung des Unternehmens und andererseits von immenser Bedeutung für den Aufbau langjähriger, erfolgreicher Kundenbeziehungen.

Zielgerichtete Personalentwicklung

Die Kompetenzen und Fähigkeiten sowie die Kreativität unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Grundlage unseres geschäftlichen Erfolges.

Auf der Basis von jährlichen Mitarbeitergesprächen werden der individuelle Qualifizierungsbedarf ermittelt und geeignete Maßnahmen zur Kompetenzentwicklung vereinbart. Wie in den Jahren zuvor haben wir daher auch im Jahr 2012 hohe Investitionen in die arbeitsplatzbezogene und persönliche Weiterentwicklung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter getätigt. Um dem Bedarf der jeweiligen Mitarbeiter gerecht zu werden, setzen wir sowohl standardisierte als auch individualisierte Trainings ein.

Die speziellen Anforderungen unseres Klientels fordern unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern detaillierte Kenntnisse des Marktsegmentes Sozial- und Gesundheitswirtschaft ab. Dieses ist nicht allein finanzwirtschaftlichen Aspekten unterworfen, sondern birgt die Herausforderung, betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten, gesetzliche Rahmenbedingungen, satzungsbedingte Vorgaben, ethische und moralische Grundsätze sowie demographische Prozesse analytisch zu verknüpfen, um daraus unseren Kunden passgenaue Anlage- und Finanzierungsmodelle zu empfehlen.

Daher werden unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu den Leistungs- und Finanzierungsstrukturen in den verschiedenen Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft im Rahmen interner Seminare geschult und über einen umfassenden Informationspool im Intranet fortlaufend über aktuelle Neuerungen unterrichtet.

Den Anforderungen des Marktes folgend, haben wir in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Krankenhausinstitut die Qualifizierungsmaßnahme „BFS-Experte Gesundheitswirtschaft“ fortgeführt. Über einen Zeitraum von neun Monaten werden in acht Modulen anspruchsvolle Kenntnisse für das gesamte Spektrum des Gesundheitswesens vermittelt. Lernfortschrittskontrollen sichern den Erfolg und der Abschluss wird zertifiziert.

Gleichermaßen stellen wir internen Aufstieg über den externen Einstieg. Dabei identifizieren wir die in unserem Haus vorhandenen Potenziale für weiterführende Managementaufgaben und sichern damit eine Entwicklung von Führungskräften aus eigenen Reihen.

Ausbildung als Zukunftskapital

Der demographische Wandel führt dazu, dass es zunehmend schwieriger wird, Arbeitsplätze in den Unternehmen mit den hierfür qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu besetzen. Fachkräftemangel und Qualifikationsengpässe in der betrieblichen Praxis sind schon heute sichtbare Zeichen dieser Entwicklung. Die Berufsausbildung ist daher ein wichtiges Instrument, um Nachwuchstalente zu gewinnen.

Zielgerichtete Personalmarketingmaßnahmen sollen auch hier dafür sorgen, dass die Bank auch in Zukunft von der relevanten Zielgruppe als kompetenter Ausbildungsbetrieb wahrgenommen wird.

Aus diesem Grund legen wir auf die Förderung des eigenen Nachwuchses in unserem Hause traditionell besonderen Wert. Es ist unser Ziel, jungen interessierten Menschen eine qualifizierte sowie nachhaltige Ausbildung zu ermöglichen. Im Mittelpunkt steht eine praxisnahe Ausbildung in den verschiedenen Bereichen unserer Bank. Zum Ende des Geschäftsjahres 2012 befanden sich insgesamt acht Auszubildende in dem Berufsbild Bankkaufmann/-frau in der Ausbildung. Die meisten Auszubildenden bleiben nach Abschluss ihrer Ausbildung als Nachwuchskräfte in unserem Unternehmen. Dabei ist uns daran gelegen, gemeinsam langfristige Perspektiven zu gestalten.

Außerdem ermöglichen wir berufsbegleitende Studiengänge durch eine finanzielle Studienförderung. Zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzen die Möglichkeit, sich in volks- und betriebswirtschaftlichen sowie juristischen Studiengängen nebenberuflich fortzubilden. Die Studienkosten werden von der Bank übernommen und können durch eine entsprechende Betriebszugehörigkeit nach Studienabschluss abgegolten werden. Hierdurch wird der Wissenstransfer aus dem Hochschulbereich in die Bank für Sozialwirtschaft AG gewährleistet.

Erstmals beteiligte sich die Bank 2012 an der Förderung junger, studierender Talente am Studienplatz Köln. Mit dem „Deutschlandstipendium“ unterstützt die Universität zu Köln besonders begabte Studierende und vertieft die Kooperation mit den Unternehmen vor Ort. Durch unsere Beteiligung am Stipendienprogramm erhalten zwei qualifizierte Nachwuchskräfte die Chance, sich noch mehr auf ihr Studium zu konzentrieren. Dies werten wir als weiteren Schritt, mit talentierten Nachwuchskräften in Kontakt zu treten und diese für unser Unternehmen als potenziellen künftigen Arbeitgeber zu begeistern.

Harmonisierung von Beruf und Privatleben

Es ist uns ein besonderes Anliegen, für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Elternzeit Möglichkeiten zu bieten, Familie und Beruf in Einklang zu bringen. Gemeinsam erarbeiten wir Arbeitsbedingungen und -zeitmodelle, die die individuellen Bedürfnisse des Einzelnen berücksichtigen. Mit zunehmender Tendenz nehmen auch bei uns beschäftigte Väter Elternzeit in Anspruch.

So bietet die Bank Beschäftigten bereits während ihrer Elternzeit die Möglichkeit, in Teilzeit zu arbeiten oder Aushilfs- und Vertretungstätigkeiten zu übernehmen. Die zeitlich begrenzte Übernahme einer Teilzeitstelle gibt den Mitarbeitenden die Chance, sich während besonders betreuungsintensiver Phasen auf Familienaufgaben zu konzentrieren. Dies bedeutet für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit, ihren individuellen Qualifikationsstand zu erhalten, zu vertiefen und weiter auszubauen. Ferner bleibt die soziale Verflechtung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter untereinander erhalten, die die Wiedereingliederung in den Kollegenkreis auch nach einer längeren Freistellung unterstützt.

Soweit es die betrieblichen Rahmenbedingungen ermöglichen, werden sämtliche Wünsche nach Teilzeitarbeitsplätzen realisiert, was durch verschiedene Möglichkeiten flexibler Arbeitszeiteinteilung unterstützt wird. Dass diese Angebote genutzt werden, zeigt die hohe Anzahl von Teilzeitarbeitskräften (2012: 74 Mitarbeiter).

In diesem Zusammenhang bewährt sich schon seit einigen Jahren das Vertrauensarbeitszeitmodell. Es bietet den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die flexible Handhabung des Arbeitsaufkommens und stets die Gewissheit, dass Mehrarbeit durch Freizeitausgleich eine gerechte Balance findet. Der Bank ermöglicht dieses System den Vorteil, dass die Arbeitskraft des Personals in angemessener Auslastung eingesetzt werden kann.

Darüber hinaus bieten wir weiterhin die Möglichkeit zu einem gleitenden Übergang in den Ruhestand. Die Absprache der Arbeitszeit erfolgt in Abhängigkeit von betriebspezifischen Notwendigkeiten und den individuellen Wünschen der Beschäftigten. Mitarbeitende, die über 55 Jahre alt sind, erhalten hierdurch die Möglichkeit - nach verschiedenen Modellen - die Arbeitszeit zu reduzieren. Hierdurch entstehen Freiräume, die je nach Einzelbedarf genutzt werden können.

Dank an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Der Vorstand dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das gezeigte Engagement, die hohe Leistungsbereitschaft und Professionalität.

Mit Stolz und Respekt blicken wir auf die erfolgreiche Arbeit im vergangenen Geschäftsjahr zurück.

Wir sind überzeugt, dass wir die Bank mit dem Können, der Begeisterung und der Energie unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in eine erfolgreiche Zukunft führen.





Bericht des Vorstandes

Entwicklung der verbundenen Unternehmen

BFS Service GmbH

Die BFS Service GmbH hat das Geschäftsjahr 2012 mit dem besten Ergebnis in ihrer 23-jährigen Firmengeschichte abgeschlossen. Zum sechsten Mal in Folge konnte sie ihr Wachstum steigern. Der Umsatz erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 18 % auf 8,6 Mio. EUR (Vorjahr 7,3 Mio. EUR). Der Gewinn konnte auf rund 3,7 Mio. EUR (Vorjahr 2,8 Mio. EUR) gesteigert werden.

Diese hervorragende Entwicklung ist auf die weiter gewachsene Attraktivität der Factoring-Angebote zurückzuführen, die passgenaue Finanzierungslösungen für Leistungserbringer im Gesundheitswesen darstellen. Im Geschäftsjahr 2012 wurden erstmalig Forderungen von insgesamt über 800 Mio. EUR angekauft.

Online-Factoring

Die Vorfinanzierung von Forderungen durch Online-Factoring ist das Hauptgeschäftsfeld der BFS Service GmbH. Im Rahmen von unechtem Factoring kauft sie auf Rechnung und im Namen der Bank für Sozialwirtschaft AG Forderungen von Kunden aus der Sozial- und Gesundheitswirtschaft an.

Diese Finanzierungsform wird mit Blick auf die zunehmende Tendenz der Kostenträger zu einer Verlängerung der Zahlungsziele immer interessanter. Dem dadurch wachsenden Liquiditätsbedarf begegnet die BFS Service GmbH mit einem flexiblen Leistungspaket, das auf die Einzelbranchen des Sozial- und Gesundheitswesens (ambulante Pflegedienste, Rettungsdienste, Altenheime, Krankenhäuser etc.) zugeschnitten ist.

Im Geschäftsjahr 2012 setzte sich der Trend fort, dass ambulante Pflegedienste die Angebote der BFS Service GmbH besonders stark nachgefragt haben. Sie trugen mit einem Umsatz von 4,68 Mio. EUR (Vorjahr 4,01 Mio. EUR) erheblich zum Erfolg der BFS Service GmbH bei. Zugleich konnte das Factoring im Bereich der Kliniken und Krankenhäuser ausgebaut werden: Der Umsatz in diesem Segment erhöhte sich von 0,94 Mio. EUR auf 1,29 Mio. EUR. Dies entspricht einer Steigerung von rund 36 %.

Ziel der BFS Service GmbH ist es, ihre Leistungen im Bereich der Krankenhäuser und Reha-Kliniken überproportional auszubauen. Um dies zu erreichen, ermöglicht sie diesen Zielgruppen seit Oktober 2012 Ausschnittsfactoring. Das Angebot wurde für Krankenhäuser und Reha-Kliniken entwickelt, die nur Teile (Ausschnitte) ihres Umsatzes vorfinanzieren möchten. Beim Ausschnittsfactoring – auch „selektives Factoring“ genannt – werden nicht alle Krankenkassen, sondern ein vorab gemeinsam definierter Kreis von Krankenkassen in das Factoring der BFS Service GmbH übernommen. Mit dieser Factoring-Lösung kann der Liquiditätsbedarf flexibel und genau abgestimmt werden.

factomat®

Im Frühjahr 2012 startete die BFS Service GmbH ein besonderes Factoring-Angebot für sonstige Leistungserbringer aus dem Gesundheitswesen. Ähnlich wie bei Direktbanken laufen nahezu alle Geschäftsprozesse internetgestützt und vom Kunden initiiert automatisch ab. Das Angebot „factomat®“ verfolgt dabei eine Lean-Factoring-Philosophie und positioniert sich als integrativer Finanzierungsbestandteil bei der Rezeptabrechnung gegenüber Krankenkassen. Inzwischen nutzen rund 150 Kunden das neue Angebot der BFS Service GmbH.

BFS Abrechnungs GmbH

Komplette Abrechnungsleistungen bietet die BFS Service GmbH seit 2010 im Rahmen ihrer Beteiligung an der BFS Abrechnungs GmbH an. Die Dienstleistungen der BFS Abrechnungs GmbH richten sich an Pflegedienste und Sozialstationen mit und ohne Vorfinanzierungsbedarf, die über ein Abrechnungszentrum abrechnen wollen.

Zum Leistungsspektrum gehören unter anderem die Rechnungsstellung, das Clearing mit den Kassen, das Mahnwesen und die Überweisung aller ausstehenden Forderungen auf Wunsch bereits nach drei Arbeitstagen. Das Angebot kommt dem Bedarf vieler Kunden entgegen, angesichts wachsender Anforderungen seitens der Kostenträger Abrechnungsleistungen an externe Dienstleister auszulagern und zugleich ihre Liquiditätssituation zu verbessern. Außergewöhnlich im Markt der ambulanten Pflege ist die volle Integration der externen Abrechnungsdienstleistung innerhalb einer Branchenlösung.

Bisher konnte die BFS Abrechnungs GmbH rund 600 Kunden gewinnen. Damit liegt das noch junge Unternehmen auf Platz 2 der Abrechnungsunternehmen für ambulante Pflegedienste und Sozialstationen. Zu dieser positiven Entwicklung trägt bei, dass die BFS Abrechnungs GmbH als einziger Abrechnungsdienstleister ein reiner Pflegespezialist ist – mit einer entsprechenden Expertise bei der Betreuung der Kunden.

Das angekaufte Forderungsvolumen in 2012 betrug insgesamt 175 Mio. EUR. Damit konnte die BFS Abrechnungs GmbH ihr zweites vollständiges Geschäftsjahr 2012 mit einem Gewinn von 767 TEUR nach Steuern (Vorjahr 171 TEUR) abschließen. Die stetige Nachfrage nach Abrechnungsdienstleistungen wird weiterhin zu einem nachhaltigen Wachstum der BFS Abrechnungs GmbH führen.

Fortbildung

Als innovativer Anbieter von Ein- bis Zweitagesseminaren zu aktuellen betriebswirtschaftlichen und juristischen Fragestellungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft kann die BFS Service GmbH seit vielen Jahren mit einer guten Positionierung am Markt arbeiten. Im Berichtsjahr wurden insbesondere die Seminare zu den Themen „Kostenrechnung für ambulante Pflegedienste“, „Führung und Kommunikation – Ein Basisseminar für Führungskräfte“, „Der beste ambulante Pflegedienst“ und „Die GmbH-Geschäftsführung in der steuerbegünstigten GmbH“ sehr gut angenommen. Die meisten Seminarteilnehmer waren an den Standorten Köln und Berlin zu verzeichnen.

Ziel der BFS Service GmbH in diesem Geschäftsbereich ist es, stets frühzeitig zukunftsweisende Seminarthemen anzubieten, die die aktuellen Herausforderungen für Führungskräfte in der Sozialwirtschaft aufgreifen und praxisorientiert in Einzelfragestellungen umsetzen. Darin wird sie durch ein Netzwerk von internen und externen Experten unterstützt, die die Entwicklungen in der Sozialwirtschaft verfolgen. Für das Geschäftsjahr 2013 ist bereits eine sehr positive Resonanz auf das neu angebotene Seminar zum Thema „Einführung in das Vergaberecht und -verfahren“ zu verzeichnen.

Betriebsvergleiche

Zum Angebot der BFS Service GmbH gehören außerdem jährliche Betriebsvergleiche für die ambulante und die stationäre Altenhilfe. Sie bieten ein rein datengestütztes Benchmarking, das durch den persönlichen Austausch der Teilnehmer in Benchmarking-Kreisen ergänzt wird. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die Betriebsvergleiche dem Management Hinweise auf Verbesserungspotenziale geben und Veränderungsprozesse in den Einrichtungen anstoßen. Die Betriebsvergleiche haben inzwischen zahlreiche langjährige Nutzer, die den regelmäßigen Überblick über aussagekräftige Daten ihres Unternehmens zu schätzen gelernt haben.

Ausblick

Ihre integrierten Lösungskonzepte und die kontinuierliche Weiterentwicklung ihrer Leistungen machen die BFS Service GmbH zu einem attraktiven Partner für Einrichtungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft. Die überdurchschnittlichen Zuwachsraten zeigen, dass ihre Angebote zunehmend stärker nachgefragt werden.

Ihre Geschäftsperspektiven sowohl für das laufende Geschäftsjahr 2013 als auch für das Geschäftsjahr 2014 schätzt die BFS Service GmbH sehr positiv ein: Im Wachstumsmarkt Sozial- und Gesundheitswirtschaft werden die Abrechnungsvolumina für Dienstleistungen im Pflege- und Gesundheitsbereich weiter steigen. Auch im Markt der sonstigen Leistungserbringer im Gesundheitswesen rechnet die BFS Service GmbH mit einer steigenden Resonanz. Beides wird zu einem nachhaltigen Umsatz- und Ergebniswachstum beitragen.

IS Immobilien-Service GmbH

Die IS Immobilien-Service GmbH hat im Geschäftsjahr 2012 ihre sehr positive Geschäftsentwicklung fortgesetzt. Der Jahresüberschuss 2012 liegt bei 814 TEUR und konnte damit im Vergleich zum Vorjahr (708 TEUR) beträchtlich erhöht werden. Das Betriebsergebnis stieg um 228 TEUR auf 1.101 TEUR. Beides ist vor allem durch eine stark gestiegene Nachfrage nach den Standort- und Wettbewerbsanalysen des Unternehmens und ein entsprechendes Umsatzwachstum um 257 TEUR bedingt.

Als Tochterunternehmen und Dienstleister der Bank für Sozialwirtschaft AG profitiert die IS Immobilien-Service GmbH davon, dass das Interesse an langfristigen Finanzierungen von Sozialimmobilien bei der Bank ungebrochen hoch ist. Zwar ist insbesondere bei Pflegeimmobilien eine geringer werdende Zahl von Neubaufinanzierungen und demgegenüber eine zunehmende Zahl von Umfinanzierungen bestehender Gebäude festzustellen. Hier ist jedoch eine zuverlässige Analyse und Bewertung der Zukunftsfähigkeit der Investitionsvorhaben, die den Schwerpunkt der Arbeit der IS Immobilien-Service GmbH ausmacht, mindestens ebenso wichtig wie bei neuen Vorhaben.

Standort- und Wettbewerbsanalysen

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 167 Standort- und Wettbewerbsanalysen für Pflegeheime durchgeführt, davon 105 detaillierte Analysen für Kunden der Bank und 61 so genannte „Quick Checks“ zur schnellen Einschätzung von Investitionsvorhaben für die Geschäftsstellen der Bank für Sozialwirtschaft AG. Zugenommen hat insbesondere das Volumen der externen Aufträge von Kunden der Bank, die die Standort- und Wettbewerbsanalyse unabhängig von einem Finanzierungsvorhaben haben durchführen lassen.

Nachdem in den vergangenen Jahren mit der Einbindung einer Geoinformationssoftware und der Entwicklung eines am Markt einzigartigen Bedarfsermittlungsmodells die technische Basis und die Aussagekraft der Standort- und Wettbewerbsanalyse systematisch optimiert wurde, stand im Jahr 2012 die Standardisierung der Analysen und die Qualitätssicherung im Mittelpunkt der weiteren Entwicklung der Dienstleistung.

Beleihungswertgutachten

Der Geschäftsbereich der Beleihungswertgutachten konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr ausgebaut werden. Es wurden 210 Gutachten mit einem Gesamtvolumen von 980 Mio. EUR erstellt (Vorjahr: 190 Gutachten, Gesamtvolumen 820 Euro). Verstärkt wurden Stellungnahmen zu Krankenhäusern nachgefragt, d. h. es wurden größere Objekte mit höheren Werten begutachtet. Auch dies steht in einem engen Zusammenhang mit dem Kreditgeschäft der Bank für Sozialwirtschaft AG: Strategisches Ziel der Bank ist eine Diversifizierung in der Kreditvergabe, die stärker als früher Unternehmen aus dem Gesundheitswesen für das Portfolio der Bank in den Blick nimmt.

Auch im Geschäftsbereich der Beleihungswertgutachten stand die Qualitätssicherung im Fokus. Hier ging es vor allem um eine stärkere Verzahnung des Geschäftsbereichs der Beleihungswertgutachten mit dem der Standort- und Wettbewerbsanalysen. Diese war auch Gegenstand des jährlichen Gutachtertages der IS Immobilien-Service GmbH für ihre internen und externen Gutachter. Als weiteres Thema stand hier die sehr schwierige Bewertung von ambulanten Wohnformen für ältere Menschen auf dem Programm. Der Gutachterttag der IS Immobilien-Service GmbH für ihre zertifizierten Gutachter ist von der HypZert GmbH als Fortbildung anerkannt.

Pflegeimmobilienfonds A.B. SANIGA

Als Berater des Fondsmanagements für den Pflegeheimfonds A.B. SANIGA der Aachener Grundvermögen Kapitalanlagegesellschaft mbH hat die IS Immobilien-Service GmbH im Berichtsjahr die Expansion des A.B. SANIGA begleitet. Das Portfolio ist im Berichtsjahr weiter gewachsen, so dass der Fonds bis Ende 2012 ein kaufvertraglich fixiertes Volumen von ca. 90 Mio. EUR erreichte.

Insgesamt steht der A.B. SANIGA allerdings vor der Herausforderung, dass angesichts der allgemein rückläufigen Neubautätigkeit kaum neue Objekte auf den Markt kommen, die für das Portfolio in Frage kommen. Dabei spielt auch eine Rolle, dass der konfessionelle Hintergrund der Aachener Grundvermögen spezifische Ansprüche an die Betreiber mit sich bringt. Davon unbenommen wird als nächstes Ziel das Überschreiten der Grenze von 100 Mio. EUR angestrebt.

BFS Mezzanine Fonds

Im Auftrag der Bank für Sozialwirtschaft AG hat die IS Immobilien-Service GmbH zudem die Geschäftsführung der beiden BFS Mezzanine Fonds inne, die rechtlich auf die Anforderungen der gemeinnützigen Sozialwirtschaft zugeschnitten sind. Die Engagements in den Portfolios beider Fonds entwickeln sich planmäßig, so dass den Investoren die im Prospekt avisierten Renditen regelmäßig gezahlt werden können.

Während die Laufzeit des BFS Mezzanine Fonds I bereits in zwei Jahren endet, werden die Anleger des BFS Mezzanine Fonds II im Februar 2013 erstmals ihre planmäßige Rendite für ein volles Geschäftsjahr erhalten.

Ausblick

Für die Geschäftsjahre 2013 und 2014 erwartet die IS Immobilien-Service GmbH eine weiter positive Geschäftsentwicklung. Dazu wird nicht nur die nach wie vor starke Nachfrage nach ihren bestehenden Dienstleistungen beitragen, sondern auch eine weiter verbesserte Stellung am Markt durch innovative Produktentwicklungen.

Im laufenden Geschäftsjahr plant die IS Immobilien-Service GmbH die Einführung einer neuen Dienstleistung, die das Thema „Instandhaltungsstau“ in Altenpflegeheimen aufgreift. Ziel ist es, Sanierungsnotwendigkeiten zu erfassen, zu strukturieren, in ein erforderliches Investitionsvolumen zu übersetzen und über einen Finanzierungsplan konkret aufzuzeigen, in welchem Zeitraum der „Instandhaltungsstau“ abgearbeitet werden kann. Das neue Produkt soll Mitte 2013 marktfähig sein.

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse haben sich während des gesamten Geschäftsjahres in regelmäßigen Sitzungen und aufgrund schriftlicher Berichte vom Vorstand im vierteljährlichen Rhythmus umfassend über die Lage und Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG sowie über alle wichtigen Geschäftsvorfälle, Geschehnisse und Fragestellungen informieren lassen.

Schwerpunkte der Berichterstattung waren unter anderem

die Geschäftsstrategie und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensführung, die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung einschließlich der Planung, das Risikomanagement, aufsichtsrechtliche Entwicklungen, ihre Folgen sowie ihre Einhaltung durch die Bank.

Auf dieser Basis hat der Aufsichtsrat die Führung der Geschäfte der Bank kontinuierlich überwacht und die sich daraus ergebenden geschäftspolitischen Entscheidungen gemeinsam mit dem Vorstand beraten. Seine gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben hat er wahrgenommen. Über Kredite, die nach dem Gesetz über das Kreditwesen zustimmungspflichtig sind, hat der Kreditausschuss des Aufsichtsrates nach Prüfung und Abstimmung mit dem Vorstand entschieden.

Neben der Erörterung der geschäftlichen Entwicklung sowie der Risikolage hat der Aufsichtsrat die Berichte der Internen Revision sowie des Compliance-Beauftragten für das Jahr 2012 zur Kenntnis genommen.

Im Rahmen eines zusätzlichen Sitzungstages hat sich der Aufsichtsrat unter Einbeziehung des Vorstandes sowie leitender Mitarbeiter der Bank intensiv mit den neuen Eigenkapital- und Liquiditätsregeln und dem Zeitraum ihrer Umsetzung auseinandergesetzt. Ein besonderes Augenmerk lag dabei auf den Konsequenzen für die Umsetzung in der Bank für Sozialwirtschaft AG. Das bezog sich sowohl auf die Kapital- als auch auf die Liquiditätsanforderungen.

Vor dem Hintergrund dieses veränderten aufsichtsrechtlichen Regelwerkes (Basel III) hat der Aufsichtsrat sich ausführlich mit der seitens des Vorstandes vorgelegten Geschäfts- und Risikostrategie beschäftigt. Die Strategie wurde mit dem Vorstand ausführlich diskutiert und abschließend genehmigt.

Die Bank für Sozialwirtschaft AG hat sich im Markt als starker Partner ihrer Kunden im Zahlungsverkehr und Liquiditätsmanagement positioniert. Der Aufsichtsrat hat sich daher im Rahmen einer Sitzung sehr intensiv über das Produktangebot, die Investitionen in Technik und Know-how sowie aktuelle Entwicklungen auf europäischer Ebene (SEPA) informieren lassen.

Turnusgemäß wechselte 2012 der Vorsitz im Aufsichtsrat. Am 19. Juni 2012 übergab Herr Dr. Robert Batkiewicz den Aufsichtsratsvorsitz an Herrn Prof. Dr. Friedrich Vogelbusch. Zum neuen stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden wurde Herr Wolfgang Altenbernd von den Mitgliedern des Aufsichtsrates gewählt. Er löste Herrn Michael Warman ab.

Zum gleichen Zeitpunkt schied Herr Niko Roth aus Altersgründen aus dem Aufsichtsrat aus. Auf Vorschlag des Aufsichtsrates wählten die Aktionäre im Rahmen der ordentlichen Hauptversammlung am 19. Juni 2012 Herrn Hans-Jörg Millies in den Aufsichtsrat der Bank. Der Aufsichtsrat begrüßte Herrn Millies als neues Mitglied des Aufsichtsrates und bedankte sich bei Herrn Roth für die engagierte Zusammenarbeit.

Der Jahresabschluss 2012 wurde von der durch die ordentliche Hauptversammlung zum Abschlussprüfer gewählten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO AG, Frankfurt, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Er hat sich das Ergebnis der Abschlussprüfungen der Bank und der Tochtergesellschaften sowie den Bericht über die Prüfung der Wertpapierdienstleistungsgeschäfte und der Depotprüfung für das Jahr 2012 ausführlich von den Wirtschaftsprüfern erläutern lassen. Die Berichte wurden ohne Beanstandung zur Kenntnis genommen. Der Aufsichtsrat billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss.

Dem Vorschlag des Vorstandes zur Gewinnverwendung schließt sich der Aufsichtsrat an und begrüßt es, dass ein Betrag in Höhe von 44,5 Mio. EUR in die Gewinnrücklagen eingestellt wird, um die Kapitalposition der Bank weiter zu stärken.

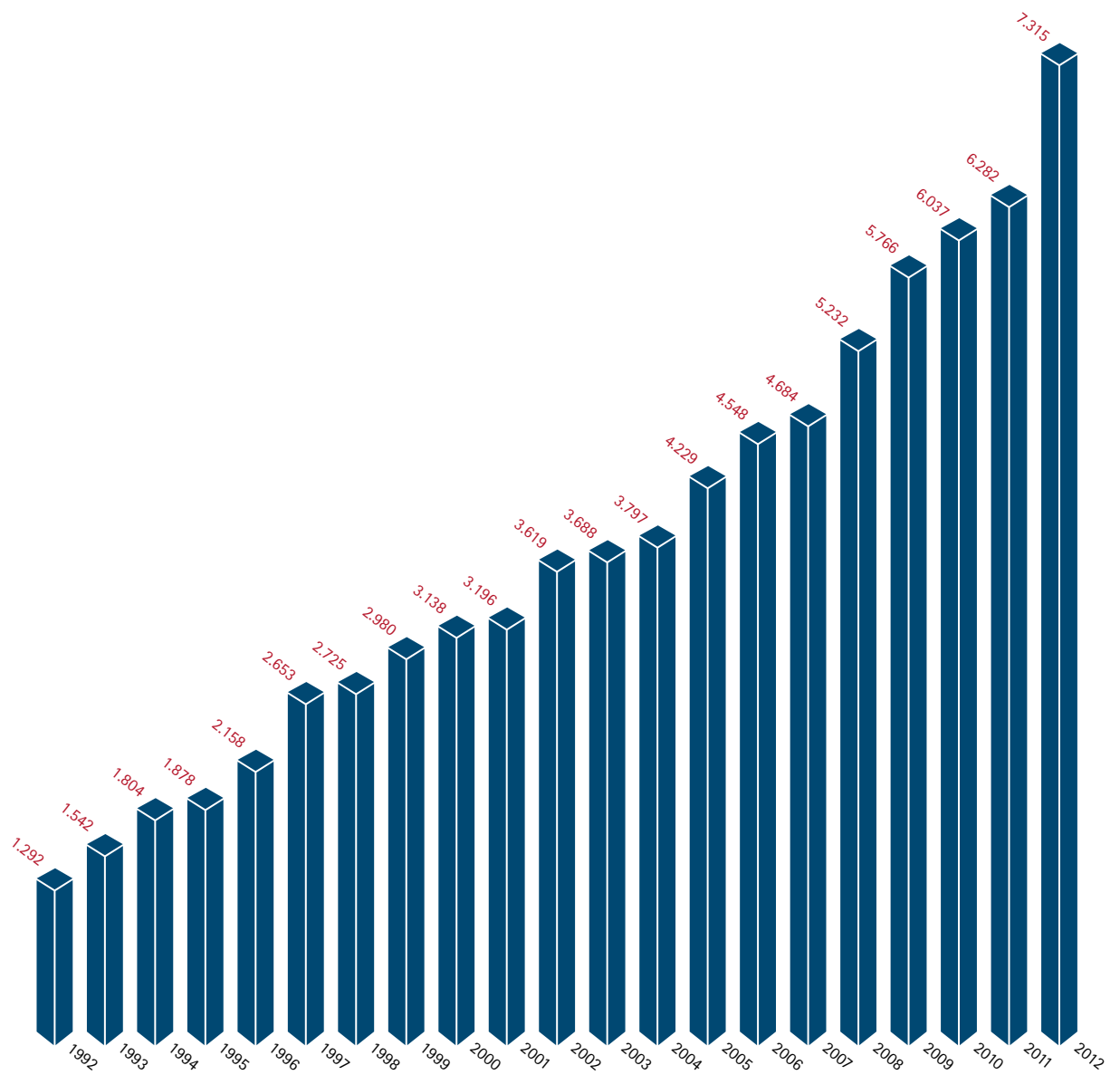
Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank und ihrer Tochtergesellschaften für ihr Engagement und ihren Erfolg im Geschäftsjahr 2012. Ebenso dankt er den Mitgliedern des Zentralbeirates für ihre aktive Unterstützung der Bank.

Kronberg, den 21. März 2013

Für den Aufsichtsrat
Prof. Dr. Friedrich Vogelbusch
Vorsitzender

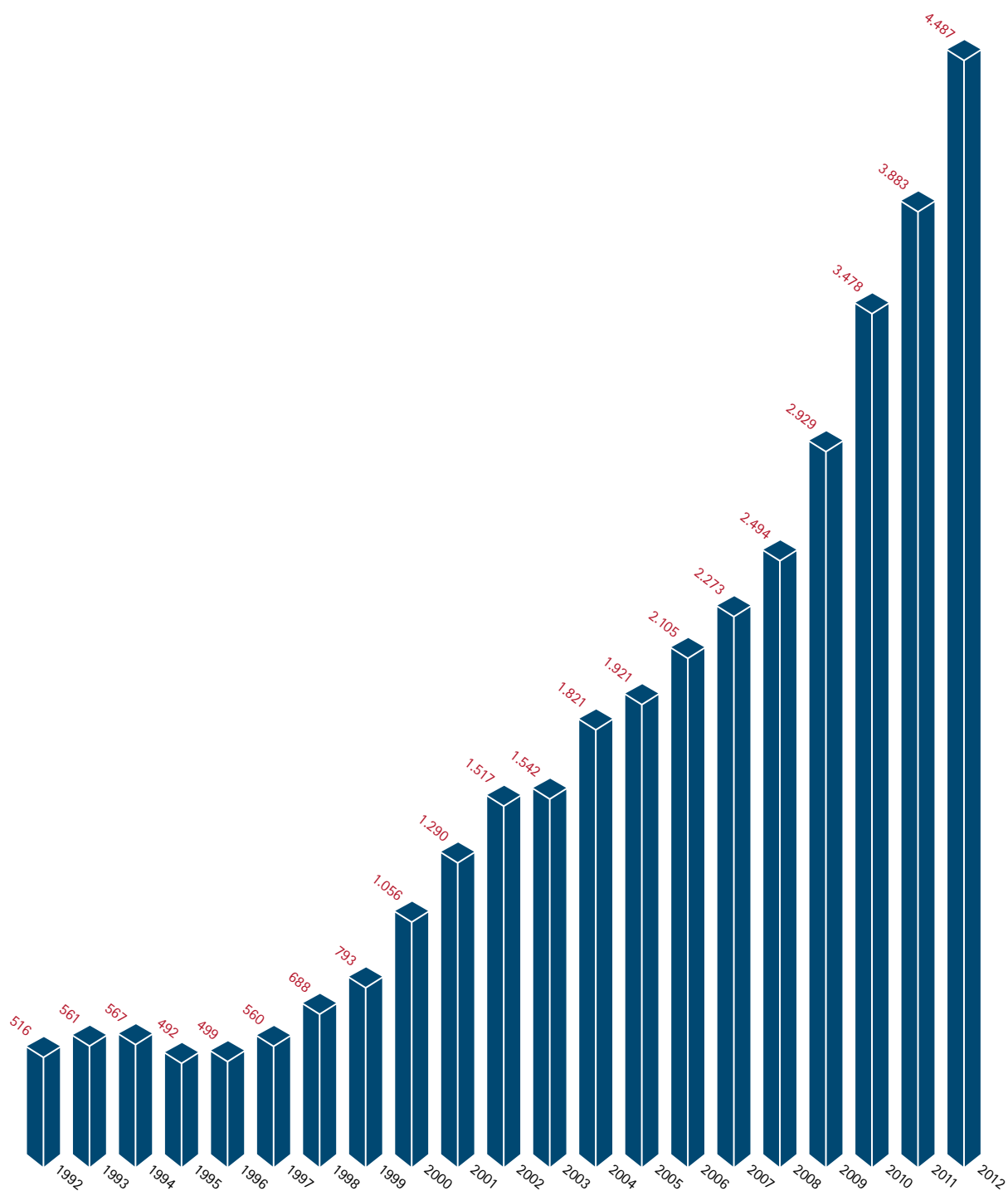
Bilanzsumme

in Millionen Euro



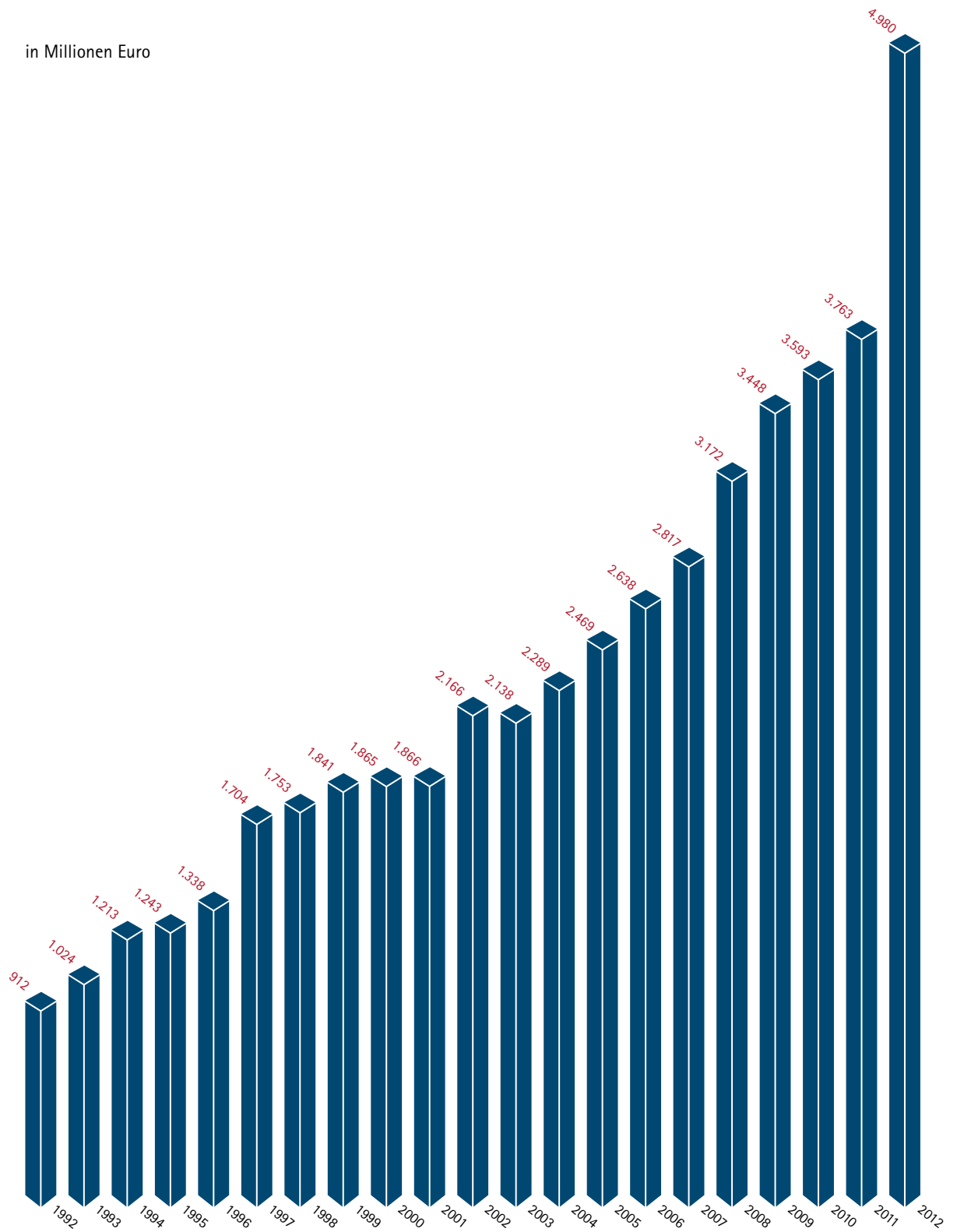
Kundenkredite

in Millionen Euro



Kundeneinlagen

in Millionen Euro



Jahresbilanz

zum 31. Dezember 2012 der Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft, Berlin und Köln

Aktivseite	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		1.193.975,09		
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken darunter: bei der Deutschen Bundesbank	60.204.941,21	60.204.941,21		
c) Guthaben bei Postgiroämtern		-,-	61.398.916,30	605
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-,-		-
b) Wechsel		-,-	-,-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		3.189.658,90		
b) andere Forderungen		10.090.363,62	13.280.022,52	14.087
4. Forderungen an Kunden			4.486.695.314,94	3.882.773
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	1.162.755.697,28			(1.068.019)
Kommunalkredite	115.202.594,33			(65.279)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-	-,-		-
ab) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-	-,-		-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	797.693.334,77	1.131.619.016,98		647.244 (647.244)
bb) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.308.032.233,94	1.332.928.553,39		1.444.229 (1.414.499)
c) eigene Schuldverschreibungen Nennbetrag	-,-	-,-	2.464.547.570,37	-
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			42.588.022,25	43.078
6a. Handelsbestand			-,-	-
7. Beteiligungen			-,-	-
darunter: an Kreditinstituten	-,-			-
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-			-
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			19.991.928,67	19.992
darunter: an Kreditinstituten	-,-			-
an Finanzdienstleistungsinstituten	9.500.000,00			(9.500)
9. Treuhandvermögen			174.973.470,27	175.051
darunter: Treuhandkredite	174.973.470,27			(175.051)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			-,-	-
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-,-		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		14.006.713,00		14.314
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-,-		-
d) geleistete Anzahlungen		280.736,80	14.287.449,80	1.349
12. Sachanlagen			23.657.594,84	24.015
13. Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital			-,-	-
14. Sonstige Vermögensgegenstände			9.761.941,22	11.026
15. Rechnungsabgrenzungsposten			3.509.619,41	4.325
16. Aktive latente Steuern			-,-	-
17. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			-,-	-
18. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			-,-	-
Summe der Aktiva			7.314.691.850,59	6.282.088

Passivseite	Euro	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			34.965.965,74		301.888
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			1.509.794.143,05	1.544.760.108,79	1.515.969
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		56.683.287,92			49.978
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		5.054.586,65	61.737.874,57		6.302
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		3.643.850.838,69			2.296.754
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		1.274.084.806,76	4.917.935.645,45	4.979.673.520,02	1.409.673
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			-,-		94
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			-,-	-,-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-,-				-
eigene Akzpte und Solawechsel im Umlauf	-,-				-
3a. Handelsbestand				-,-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten				174.973.470,27	175.051
darunter: Treuhandkredite	174.973.470,27				(175.051)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				3.272.142,64	3.036
6. Rechnungsabgrenzungsposten				10.985.989,66	10.139
6a. Passive latente Steuern				-,-	-
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			8.141.141,64		8.352
b) Steuerrückstellungen			420.823,00		380
c) andere Rückstellungen			11.577.548,20	20.139.512,84	12.890
8. (weggefallen)				-,-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				153.533.354,92	144.463
10. Genusrechtskapital				26.700.000,00	26.700
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	4.000.000,00				
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				40.900.000,00	5.200
12. Eigenkapital					
a) Eingefordertes Kapital					
Gezeichnetes Kapital		36.400.000,00			36.400
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen		-,-	36.400.000,00		
b) Kapitalrücklage			43.266.573,45		43.263
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		-,-			-
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		-,-			-
cc) satzungsmäßige Rücklagen		-,-			-
cd) andere Gewinnrücklagen		225.050.000,00	225.050.000,00		181.950
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust			55.037.178,00	359.753.751,45	53.604
Summe der Passiva				7.314.691.850,59	6.282.088
Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			103.011.703,89		83.041
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-,-	103.011.703,89	
Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-,-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			550.752.332,49	550.752.332,49	579.204

Gewinn- und Verlustrechnung

der Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft, Berlin und Köln für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	186.578.231,99			179.226
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	36.809.023,57	223.387.255,56		50.702
2. Zinsaufwendungen		97.583.750,59		107.148
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	1.071.759,08			9.094
b) Beteiligungen	8.464,00			-
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	485.344,94	1.565.568,02		490
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		4.581.036,65		3.539
5. Provisionserträge		7.789.074,60		7.680
6. Provisionsaufwendungen		3.717.856,71		3.529
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands		-,-		-
8. Sonstige betriebliche Erträge		1.990.331,08		2.099
9. (weggefallen)				
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand	24.724.905,01			24.566
aa) Löhne und Gehälter				
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	4.131.194,65	28.856.099,66		4.141
darunter: für Altersversorgung Euro 744.713,28				(1.051)
b) andere Verwaltungsaufwendungen	19.885.547,88	48.741.647,54		19.665
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		5.463.783,44		5.112
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen		982.445,10		1.183
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		-,-		10.801
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		33.912.222,96		-
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		-,-		-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		50.000,00		-
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme		-,-		-
18. (weggefallen)				

19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		116.786.005,49	76.685
20. Außerordentliche Erträge	-,-,-		-
21. Außerordentliche Aufwendungen	-,-,-		-
22. Außerordentliches Ergebnis	-,-,-		-
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	25.997.961,51		23.067
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	55.448,98	26.053.410,49	63
24a. Aufwendungen aus der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken § 340g HGB		35.700.000,00	
25. Erträge aus Verlustübernahme		-,-,-	-
26. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne		-,-,-	-
27. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag		55.032.595,00	53.555
28. Gewinnvortrag / Verlustvortrag aus dem Vorjahr		43.104.583,00	43.999
		98.137.178,00	97.554
29. Entnahmen aus der Kapitalrücklage		-,-,-	-
		98.137.178,00	97.554
30. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
a) aus der gesetzlichen Rücklage	-,-,-		
b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-,-,-		
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen	-,-,-		
d) aus anderen Gewinnrücklagen	-,-,-		
		98.137.178,00	97.554
31. Entnahmen aus Genußrechtskapital		-,-,-	-
		98.137.178,00	97.554
32. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die gesetzliche Rücklage	-,-,-		
b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-,-,-		
c) in satzungsmäßige Rücklagen	-,-,-		
d) in andere Gewinnrücklagen	43.100.000,00	43.100.000,00	43.950
		55.037.178,00	53.604
33. Wiederauffüllung des Genußrechtskapitals		-,-,-	-
34. Bilanzgewinn / Bilanzverlust		55.037.178,00	53.604

Anhang 2012

Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin und Köln

A. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2012 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes vom 25. Mai 2009 (BilMoG) unter Berücksichtigung der einschlägigen Vorschriften des Aktiengesetzes und des Kreditwesengesetzes sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss enthält sämtliche Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten, Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungsposten.

Bei der Bewertung der im Jahresabschluss ausgewiesenen Vermögensgegenstände und Schulden haben wir die allgemeinen Bewertungsgrundsätze des § 252 Abs. 1 HGB sowie die für Kreditinstitute geltenden Bewertungsvorschriften des § 340e HGB beachtet. Von den nach § 340f HGB gegebenen Verrechnungsmöglichkeiten für bestimmte Aufwendungen und Erträge wurde Gebrauch gemacht.

Sämtliche Forderungen an Kunden und Kreditinstitute sind grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag und Nennbetrag ist als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Angekaufte Forderungen werden mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Allen erkennbaren Einzelrisiken sowie dem allgemeinen Risiko im Kreditgeschäft ist durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen worden.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens, bestehend aus der Liquiditätsreserve, haben wir nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet; Zuschreibungen nach dem Wertaufholungsgebot wurden vorgenommen. Die Anschaffungskosten bei Wertpapieren der gleichen Gattung haben wir nach der Durchschnittsmethode ermittelt.

Als Beteiligungen bilanzieren wir Anteile an anderen Unternehmen ab einer Beteiligungsquote von 20 % (§ 271 Abs.1 HGB). Beteiligungsquoten unter 20 % werden in die Bilanzpositionen Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Sonstige Vermögensgegenstände ausgewiesen.

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen bilanziert. Für die geringwertigen Wirtschaftsgüter wurde ein Sammelposten gebildet, der im Geschäftsjahr der Bildung und in den folgenden vier Jahren zu jeweils einem Fünftel abgeschrieben wird.

Abzugrenzende Zinsen sind mit Ausnahme der Genussrechte in den jeweiligen Bilanzposten einbezogen.

Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag wird in die Rechnungsabgrenzung eingestellt.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung wurde durch Bildung von Zinsrückstellungen ausreichend Rechnung getragen.

Die Rückstellungen wurden auf der Grundlage des § 253 HGB ermittelt. Anzusetzen ist hierbei der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendige Erfüllungsbetrag gemäß § 253 Abs. 1 HGB. Alle Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst (§ 253 Abs. 2 HGB).

Die Ermittlung der Pensionsrückstellungen erfolgte nach dem Teilwertverfahren in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die „Richttafeln 2005G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Im Berichtsjahr wird ein von der Deutschen Bundesbank vorgegebener durchschnittlicher Marktzinssatz von 5,07 % bei der Bewertung zugrunde gelegt (im Vorjahr 5,13 %). Gehalts- und Rentenanpassungen sind mit 2,0 % p. a. eingerechnet.

Die verlustfreie Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs haben wir nach der Barwertmethode vorgenommen und anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag den Barwert des Bankbuchs berechnet. Hierbei werden Zahlungsströme (cash flows) mit dem risiko- und laufzeitadäquaten Marktzins diskontiert.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Eventualverbindlichkeiten werden zum Nennbetrag abzüglich eventueller Vorsorge bilanziert.

Zum Bilanzstichtag bestanden weder Forderungen noch Verbindlichkeiten in Fremdwährung.

Außerbilanzielle Finanzinstrumente, die als Sicherungsgeschäft für einzelne bilanzwirksame Geschäfte eingesetzt und mit der erforderlichen Dokumentation versehen sind, behandeln wir grundsätzlich hinsichtlich der Bewertung nach den Regeln des gesicherten Geschäfts. Dabei wurden Micro-Hedges kompensatorisch bewertet: nichtrealisierte Verluste eines Geschäfts wurden mit angefallenen nichtrealisierten Gewinnen des anderen Geschäfts verrechnet. Verlustrückstellungen sind nur in Höhe eines danach verbleibenden Nettoverlustes vorgenommen worden („Einfrierungsmethode“).

C. Entwicklung des Anlagevermögens 2012

a) Sachanlagen / Immaterielle Anlagewerte

in Euro	Immaterielle WG	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Grundstücke und Gebäude	Gesamt
Anschaffungskosten	29.535.397	17.883.574	44.375.675	91.794.646
Zugänge	1.905.456	1.877.702	73.736	3.856.894
Zuschreibungen	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-	-
Abgänge	230.212	1.380.657	-	1.610.869
Abschreibungen kumuliert	16.923.191	11.871.708	27.300.727	56.095.626
Buchwert am Bilanzstichtag	14.287.449	6.508.911	17.148.684	37.945.044
Abschreibungen Geschäftsjahr	3.237.021	1.287.498	939.264	5.463.783

Geringwertige Wirtschaftsgüter sind in Zugängen des Berichtsjahres mit 69.689 EUR enthalten.

b) Finanzanlagen

in Euro	Wertpapiere des Anlagevermögens	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Gesamt
Anschaffungskosten 31.12.2011	8.235.991	-	19.991.929	28.227.920
Zugänge	-	-	-	-
Abgänge	7.222.000	-	-	7.222.000
Anschaffungskosten 31.12.2012	1.013.991	-	19.991.929	21.005.920
Buchwert am Bilanzstichtag	1.013.991	-	19.991.929	21.005.920
Anschaffungskosten 31.12.2012	- Summe a und b -			115.046.591 EUR
Buchwert am Bilanzstichtag	- Summe a und b -			58.950.964 EUR

D. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

- Die in der Bilanz ausgewiesenen **Forderungen** haben folgende Restlaufzeiten:

in Euro	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b)	8.378.617	48.869	344.067	1.318.810
Forderungen an Kunden (A 4)	132.775.093	284.384.869	936.934.453	2.772.590.761

In den Forderungen an Kunden (A 4) sind 360.009.974 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen **Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren** sind im Folgejahr fällig:

in Euro	
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere von öffentlichen Emittenten	122.566.386
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere von anderen Emittenten	234.289.559

- In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch **Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen** sind:

in Euro	Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen		Forderungen gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
Forderungen an Kunden (A 4)	8.669.476	8.742.530	9.262.526	6.319.865

Im Treuhandgeschäft bestanden wie im Vorjahr keine Ausleihungen aus Bundesmitteln an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

- In folgenden Posten sind enthalten:

in Euro	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht m.d. Niederstwert bewertete börsenfäh. Wertpapiere
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	2.464.547.570	2.464.547.570	-	-
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	42.233.856	22.297.817	19.936.039	-
Beteiligungen (A 7)	-	-	-	-
Anteile an verbundenen Unternehmen (A 8)	-	-	-	-

- Weitere Angaben zu den Wertpapieren

In der Bilanz sind in den Positionen **Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere und Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** keine Wertpapiere mit Nachrangabrede enthalten (gegenüber dem Vorjahr i. H. v. 4.888.186 bzw. 2.648.750 EUR). Schuldverschreibungen i. H. v. 185,0 Mio. EUR Nominalvolumen wurden zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos mit Swaps zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst.

- In der Bilanzposition **Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** sind Anteile an Investmentfonds von mehr als 10 % enthalten. Es handelt sich um zwei Mischfonds mit dem Anlageschwerpunkt Euroländer, die im Wesentlichen direkt oder indirekt in festverzinsliche Wertpapiere und Aktien investieren. Der Buchwert beträgt ebenso wie der Marktwert 36.291.272 EUR. Für das Geschäftsjahr erfolgten Ausschüttungen in Höhe von 836.077 EUR (einschl. anrechenbarer Ertragsteuern). Die Anteile können börsentäglich zurückgegeben werden. Die Bewertung erfolgt nach dem strengen Niederstwertprinzip.
- Besitz von **Kapitalanteilen** in Höhe von mindestens 20 % an anderen Unternehmen:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital		Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses
	%	Jahr	TEUR	Jahr	TEUR
Direkt					
• BFS Betriebs- und Finanzwirtschaftlicher Service GmbH, Köln	100,0	2012	9.500	2012	-
• IS Immobilienfonds 6 GbR	88,2	2012	13.755	2011	34
• BFS Mezzanine Fonds II GmbH & Co. KG	50,7	2012	4.900	2011	144
Indirekt					
• IS Immobilien-Service GmbH, Köln	100,0	2012	676	2012	814
• AGO Betriebsges. f. Sozialeinrichtungen GmbH, Köln	33,3	2012	27	2011	1.338
• IM Immobilien & Management Drei GmbH, Köln	100,0	2012	25	2011	-2
• IM Immobilien & Management Fünf GmbH, Köln	100,0	2012	25	2011	16
• BFS Abrechnungs GmbH, Hildesheim	49,0	2012	357	2011	187

Die Anteile an der BFS Mezzanine Fonds II GmbH & Co. KG werden nur vorübergehend gehalten und sind zur Weiterveräußerung bestimmt.

Der Gewinn 2012 der BFS Betriebs- und Finanzwirtschaftlicher Service GmbH in Höhe von 4.581.037 EUR wurde im Rahmen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages an die Bank abgeführt und ist in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

Alle Gesellschaften gelten als verbundene Unternehmen. Auf die Aufstellung eines Konzern-Abschlusses wird gemäß § 296 Abs. 2 HGB wegen untergeordneter Bedeutung der Tochter-Gesellschaften verzichtet.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen **Treuhandkredite und –verbindlichkeiten** gliedern sich wie folgt:

in Euro	
Forderungen an Kunden	174.973.470
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	177.251
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	174.796.219

In der Position werden Kredite aus Treuhandmitteln des Bundes in Höhe von 174.796.219 EUR ausgewiesen. Die Kredite aus sonstigen Programmen betragen 177.251 EUR.

- Im Aktivposten **Sachanlagen** sind enthalten:

in Euro	
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	17.148.684
Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.508.911

- Im Posten **Sonstige Vermögensgegenstände** sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

in Euro	
zur Weiterveräußerung bestimmte KG-Anteile	2.562.035
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	4.381.764
Steuererstattungsansprüche	1.853.091

- In den **Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** sind Disagiobeträge aus aufgenommenen Verbindlichkeiten einschließlich der von uns ausgegebenen Schuldverschreibungen in Höhe von 2.564.338 EUR (Vorjahr 3.335.832 EUR) enthalten. Bedeutendster Einzelposten ist eine Upfront-Zahlung im Zusammenhang mit einem Zinssatzwapgeschäft in Höhe von 99.282 EUR (Vorjahr 165.470 EUR).
- Der nicht angesetzte Überhang latenter Steuern ergibt sich aus Buchwertunterschieden zwischen der Handels- und Steuerbilanz. Die Unterschiedsbeträge basieren auf steuerlich abweichenden Risikovorsorgen, Bewertungs- und Abzinsungssätzen. Passive latente Steuern bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen **Verbindlichkeiten** haben folgende Restlaufzeiten:

in Euro	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	321.346.316	65.181.741	334.187.736	755.340.461
Spareinlagen gegenüber Kunden mit vereinbarter Kündigungsfrist (P 2a ab)	-	4.279.882	774.705	-
andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit od. Kündigungsfrist (P 2b bb)	657.415.773	553.310.364	45.092.442	18.191.228

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1b) sind 33.650.742 EUR und in den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2b bb) sind 75.000 EUR Verbindlichkeiten mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

- Für die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Vermögensgegenstände im Wert von 3.419.192.081 EUR als Sicherheit hinterlegt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Inanspruchnahme der zu sichernden Darlehen in Höhe von 1.459.700.122 EUR.
- Im Posten **Sonstige Verbindlichkeiten** sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

in Euro	
noch nicht beglichene Rechnungen	713.732
Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträge	453.032
Steuerverbindlichkeiten	541.052
Zinsanteile für Genussrechte	1.369.410

- In den **Passiven Rechnungsabgrenzungsposten** (P 6) sind Disagiobeträge aus Forderungen, die bei der Ausreichung in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 10.985.990 EUR (Vorjahr 10.139.198 EUR) enthalten.
- Bei der Berechnung der **Pensionsrückstellungen** erfolgte die Abzinsung mit dem von der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsVO) veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten sieben Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren gemäß § 253 Abs. 2 HGB. Für die Bewertung zum 31.12.2012 wurde der Marktzinssatz mit Stand Oktober 2012 herangezogen. Es wurden nachstehende Parameter verwendet:

Pensionsalter	63 und 65 Jahre
Gehaltstrend	2,0 %
Rentendynamik	2,0 %
Zinssatz	5,13 % zum 31.12.2011 (Stand Oktober 2011) 5,07 % zum 31.12.2012 (Stand Oktober 2012)

Die Rückstellungen für Altersteilzeit wurden nach den Verlautbarungen des IDW RS HFA 3 in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB ermittelt. Als Rechnungsgrundlagen dienten die „Richttafeln 2005G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Folgende Parameter wurden verwendet:

durchschnittliche Restlaufzeit	2,62 Jahre
Gehaltstrend	2,0 %
Zinssatz	4,07 % zum 31.12.2011 (Stand Oktober 2011) 3,94 % zum 31.12.2012 (Stand Oktober 2012)

- Verpflichtungen aus Pensionszusagen sind teilweise durch Vermögensgegenstände gesichert, die bei der Nürnberger Lebensversicherung AG angelegt sind. Die angelegten Vermögensgegenstände dienen ausschließlich der Erfüllung der Pensionsverpflichtungen und sind dem Zugriff übriger Gläubiger entzogen. Sie wurden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB im Geschäftsjahr mit den zugrunde liegenden Verpflichtungen verrechnet. Es handelt sich um Rückdeckungsversicherungen, deren Aktivwerte in Höhe von 3.083.473 EUR Verpflichtungen in Höhe von 6.238.375 EUR gegenüberstehen. Aufwendungen von 434.461 EUR wurden mit Erträgen von 407.054 EUR verrechnet.
- Angaben zu Nachrangigen Verbindlichkeiten (P 9):

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

Nominalbetrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
18.300.000	EUR	5,10 %	19.7.2021

Die Bedingungen der nachrangigen Darlehen entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Im Falle des Konkurses oder der Liquidation der Bank sind die nachrangigen Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen. Im Geschäftsjahr fielen Zinsaufwendungen in Höhe von 7.034.399 EUR an.

- Das Genussrechtskapital der Bank setzt sich wie folgt zusammen:

Emission	Nennbetrag	Währung
2002	4.000.000	EUR
2005	22.700.000	EUR

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen** sind:

in Euro	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	4.239.635	3.679.313	8.698.076	6.639.525

- In Bezug auf die Gesamttätigkeit der Bank sind von wesentlicher Bedeutung:

Bilanzposition in Euro	
Vermerkposten 1 unter dem Bilanzstrich: Eventualverbindlichkeiten Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	103.011.704
Vermerkposten 2 unter dem Bilanzstrich: Andere Verpflichtungen Unwiderrufliche Kreditzusagen	550.752.332

Akute Risiken einer Inanspruchnahme aus den unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Haftungsverhältnissen sind durch Rückstellungen gedeckt. Die ausgewiesenen Verpflichtungen betreffen breit gestreute Bürgschafts- und Gewährleistungsverträge bzw. offene Kreditzusagen gegenüber Kunden. Die Risiken wurden im Zuge einer Einzelbewertung der Bonität dieser Kunden beurteilt. Die ausgewiesenen Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden tatsächlichen Zahlungsströme, da die überwiegende Anzahl der Eventualverbindlichkeiten nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme auslaufen werden. Bei den sonstigen Verpflichtungen gehen wir dagegen von einer grundsätzlichen Inanspruchnahme aus.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

- Sämtliche Erträge wurden im Inland erwirtschaftet.
- Aus Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind wurden folgende Erträge erzielt:

in Euro	
Verwaltungs-/Treuhandkredite	1.441.025
Zahlungsverkehr	1.443.772
Wertpapiergeschäft	3.003.435

- Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. die Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

in Euro		
sonstige betriebliche Erträge (G+V 8)	Miet- und Pachterträge	1.312.530
sonstige betriebliche Aufwendungen (G+V 12)	Zinsaufwand für Pensions-, Altersteilzeit- und Jubiläumsrückstellungen	687.260

- Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen ausschließlich auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

E. Sonstige Angaben

- Zum Bilanzstichtag bestanden folgende zinsbezogene Termingeschäfte:

Volumen im Derivatgeschäft per 31.12.2012 in Mio. EUR	Nominalbetrag			Summe	beizulegender Zeitwert negativ (-)
	Restlaufzeit <= 1 Jahr	Restlaufzeit 1-5 Jahre	Restlaufzeit > 5 Jahre		
zinsbezogene Geschäfte					
OTC-Produkte					
Zinsswaps (gleiche Währung)	260	65	300	625	-58,0
OTC-Produkte					
Forward-Darlehen	58	46	-	104	15,5

Die Zinsswaps und Forward-Darlehen wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet. Hierbei werden die Zahlungsströme (cash flows) mit dem risiko- und laufzeitadäquaten Marktzins diskontiert. Dem negativen beizulegenden Zeitwert aus Zinsswaps stehen stille Reserven der abgesicherten Geschäfte gegenüber.

- Das von dem Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beläuft sich auf:

in Euro	
für die Abschlussprüfungsleistungen	147.087
für andere Bestätigungsleistungen	27.500
für Steuerberatungsleistungen	4.808

- Die Bank ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt. Damit ist die Möglichkeit einer Garantieverbundverpflichtung verbunden, die auf das Zehnfache der mit dem Grunderhebungssatz (0,4 ‰) berechneten Garantiefondsbeiträge begrenzt ist. Die daraus resultierende Verpflichtung würde per 31.12.2012 maximal 13.627.692 EUR betragen.
Das für die Banken des Verbandes bestehende Garantievolumen ist zum 31.12.2012 nicht durch Ausfallbürgschaften oder Garantien belegt.
- Wesentliche Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen, die nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommen sind, waren nicht zu verzeichnen.
- Für frühere Mitglieder der Geschäftsführung und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2012 Pensionsrückstellungen in Höhe des nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Barwertes von 2.446.263 EUR. Ihre Gesamtbezüge beliefen sich auf 149.518 EUR.
Für frühere Mitglieder des Aufsichtsrates bzw. Beirates bestehen solche Verpflichtungen nicht.
- Für die Mitglieder des Aufsichtsrates betrug die Jahresvergütung 172.260 EUR, für die des Beirates 5.535 EUR. Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstandes wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.
- Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Kredite an Organmitglieder:

in Euro	
Mitglieder des Vorstandes	-
Mitglieder des Aufsichtsrates	-
Mitglieder des Beirates	2.776.976

- Die Zahl der 2012 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter		
• Prokuristen	4	-
• Handlungsbevollmächtigte	5	-
• Angestellte	260	64
	269	64
Gewerbliche Mitarbeiter	2	10
	271	74

Außerdem wurden durchschnittlich 6 Auszubildende beschäftigt.

- Das **Grundkapital** ist eingeteilt in 700.000 vinkulierte Namensaktien, welches ausschließlich aus Stammaktien besteht. Mit Beschluss der Hauptversammlung am 25.07.2001 wurde das Grundkapital in Stückaktien umgewandelt. Daraus leitet sich ein errechneter Nennbetrag von 52 EUR je Aktie ab.
- Beteiligungen von mehr als 25 % am Grundkapital:
Caritas-Stiftung Deutschland – Stiftung des Deutschen Caritasverbandes: 25,5 %
Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V. und Stiftung Kronenkreuz: 25,5 %
- Zum 31.12.2012 befinden sich keine eigenen Aktien im Bestand. Im Geschäftsjahr 2012 wurden 15 Aktien (= 0,002 % des Grundkapitals) zu 523 EUR je Stück und 16.764 Aktien (= 2,39 % des Grundkapitals) zu 746 EUR je Stück angekauft, 16.779 Aktien wurden zu 746 EUR je Stück verkauft. Der Kursgewinn i. H. v. 3.345 EUR wurde den Kapitalrücklagen zugeführt.
Laut Beschluss der Hauptversammlung vom 18.06.2010 ist der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels zu erwerben. Diese Ermächtigung gilt bis zum 17. Juni 2015.
- Im Bilanzgewinn von 55.037.178 EUR ist ein Gewinnvortrag von 4.583 EUR enthalten.
- Entwicklung der Rücklagen:

in Euro	Kapitalrücklage	andere Gewinnrücklagen
Stand per 01.01.2012	43.263.228	181.950.000
Zugang 2012 aus dem Bilanzgewinn 2011	-	43.100.000
Zugang 2012 Gewinn aus eigenen Aktien	3.345	-
Stand per 31.12.2012	43.266.573	225.050.000

Name und Anschrift der Prüfungsgesellschaft

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Hanauer Landstraße 115
60314 Frankfurt/Main

Mitglieder des Vorstandes

Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt (Vorsitzender), Bankkaufmann
Dietmar Krüger, Bankkaufmann

Mitglieder des Aufsichtsrates

Prof. Dr. Friedrich Vogelbusch, Vorsitzender
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater
Wolfgang Altenbernd, stellv. Vorsitzender
Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Westliches Westfalen e. V.
Christian Graf von Bassewitz
Bankier i. R.
Dr. Robert Batkiewicz
Stiftungsdirektor, Caritas-Stiftung Deutschland
Dr. Matthias Berger
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater
Hans-Jörg Millies (seit 19.06.2012)
Finanz- und Personalvorstand, Deutscher Caritasverband e. V.
Hans-Peter Niemeier
Vorstandsmitglied, AWO – Arbeiterwohlfahrt – Bundesverband e. V.
Niko Roth (bis 19.06.2012)
Finanz- und Personalvorstand, Deutscher Caritasverband e. V.
Dr. Ulrich Schneider
Hauptgeschäftsführer, DER PARITÄTISCHE Gesamtverband e. V.
Berthold Simons
Kaufmännischer Direktor i. R.
Johannes Stockmeier
Präsident Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V., Berlin
Michael Warman
Stellv. Vorsitzender, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.
Prof. Dr. Manfred Willms
Bundesschatzmeister a. D.

Berlin und Köln, 08.03.2013

Bank für Sozialwirtschaft AG
Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt

Dietmar Krüger

Bestätigungsvermerk

des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin und Köln, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Bank. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Bank sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Bank und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 8. März 2013

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Otte
Wirtschaftsprüfer

gez. ppa. Schmidt
Wirtschaftsprüfer

Geschäftsstellen und Repräsentanzen

Zentrale

50668 Köln

Wörthstraße 15–17
 Telefon 0221.973 56–0
 Telefax 0221.973 56–478
 E-Mail bfs@sozialbank.de

Geschäftsstellen

10178 Berlin

Oranienburger Straße 13/14
 Telefon 030.284 02–0
 Telefax 030.284 02–367
 E-Mail bfsberlin@sozialbank.de

01079 Dresden

Theresienstraße 29
 Telefon 0351.899 39–0
 Telefax 0351.899 39–585
 E-Mail bfsdresden@sozialbank.de

99084 Erfurt

Anger 66–73
 Telefon 0361.555 17–570
 Telefax 0361.555 17–579
 E-Mail bfserfurt@sozialbank.de

45128 Essen

Huyssenallee 15
 Telefon 0201.245 80–0
 Telefax 0201.245 80–644
 E-Mail bfsessen@sozialbank.de

22297 Hamburg

Alsterdorfer Markt 6
 Telefon 040.25 33 26–6
 Telefax 040.25 33 26–870
 E-Mail bfshamburg@sozialbank.de

30177 Hannover

Podbielskistraße 166
 Telefon 0511.340 23–0
 Telefax 0511.340 23–523
 E-Mail bfshannover@sozialbank.de

76135 Karlsruhe

Steinhäuserstraße 20
 Telefon 0721.981 34–0
 Telefax 0721.981 34–688
 E-Mail bfskarlsruhe@sozialbank.de

50678 Köln

Im Zollhafen 5 (Halle 11)
 Telefon 0221.973 56–153
 Telefax 0221.973 56–177
 E-Mail bfskoeln@sozialbank.de

04109 Leipzig

Neumarkt 9
 Telefon 0341.982 86–0
 Telefax 0341.982 86–543
 E-Mail bfsleipzig@sozialbank.de

39106 Magdeburg

Joseph von Fraunhofer Straße 2
 Am Wissenschaftshafen
 Telefon 0391.594 16–0
 Telefax 0391.594 16–539
 E-Mail bfsmagdeburg@sozialbank.de

55116 Mainz

Fort-Malakoff-Park
 Rheinstraße 4 G
 Telefon 06131.204 90–0
 Telefax 06131.204 90–669
 E-Mail bfsmainz@sozialbank.de

80335 München

Karlsplatz 10 (Stachus)
 Telefon 089.98 29 33–0
 Telefax 089.98 29 33–629
 E-Mail bfsmuenchen@sozialbank.de

Repräsentanzen

34117 Kassel

Obere Königsstraße 30
 Telefon 0561.51 09 16-0
 Telefax 0561.51 09 16-859
 E-Mail bfskassel@sozialbank.de

90489 Nürnberg

Königstraße 2
 Telefon 0911.43 33 00-611
 Telefax 0911.43 33 00-619
 E-Mail bfsnuernberg@sozialbank.de

18055 Rostock

Mühlendamm 8b
 Telefon 0381.128 37 39-0
 Telefax 0381.128 37 39-869
 E-Mail bfsrostock@sozialbank.de

70174 Stuttgart

Theodor-Heuss-Straße 10
 Telefon 0711.629 02-0
 Telefax 0711.629 02-40
 E-Mail bfsstuttgart@sozialbank.de

Europa-Büro der BFS

B-1040 Brüssel

Rue de Pascale 4-6
 Telefon 0032.228 02 77-6
 Telefax 0032.228 02 77-8
 E-Mail bfsbruessel@sozialbank.de

BFS Service GmbH

50678 Köln

Im Zollhafen 5 (Halle 11)
 Telefon 0221.973 56-160
 Telefax 0221.973 56-164
 E-Mail bfs-service@sozialbank.de

IS Immobilien-Service GmbH

50668 Köln

Wörthstraße 15-17
 Telefon 0221.973 56-491
 Telefax 0221.973 56-249
 E-Mail is@sozialbank.de

BFS Abrechnungs GmbH

31137 Hildesheim

Junkersstraße 1
 Telefon 05121.282 91-850
 Telefax 05121.282 91-99
 E-Mail info@bfs-abrechnung.de

Impressum

Herausgeber / Redaktion

Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft
Wörthstraße 15–17
50668 Köln
Telefon 0221.973 56-0
Telefax 0221.973 56-219
E-Mail bfs@sozialbank.de
www.sozialbank.de

Vorstand

Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt (Vorsitzender)
Dietmar Krüger

Aufsichtsratsvorsitzender

Prof. Dr. Friedrich Vogelbusch

Handelsregister

Köln HRB 29259
Berlin HRB 64059
Umsatzsteuer-ID: DE 136634199

Gestaltung

Visual Department
Konkordiastraße 61
40219 Düsseldorf

Druck

Theissen Medien Gruppe GmbH & Co. KG
Am Kieswerk 3
40789 Monheim







